

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 24. Dezember 1926

Nummer 52/53

INHALTSVERZEICHNIS

Belohnungsgebanten	E. D.
Für das Rotgelee gegen die Heberhunden	
Sonderbare Politik des Deutschen Beamtenbundes in Sachsen	H. Raumburger
Einmalige Lohnzahlungen für die Reichs- und preussischen Staatsarbeiter	
Inster Mitgliederband am 1. Dezember 1926	
Mitteldeutsche Arbeitszeitfragen	H. H.
Pensionskassenangelegenheiten für Wasserbauarbeiter	
Die mittelalterliche Stadt	Dr. Chr. Reich
Gas, Wasser, Elektrizität • Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus der Sprachpraxis Beamte • Landstrafenhüter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Verbändeteil	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Erkrankung Arznei
 wissen, warum sie bei allen Krankheiten, die durch Stoffwechselstörungen entstanden,
Dr. Hübeners Lebenssalz
 verordnen. Es wirkt erstaunlich prompt auf die richtige Zusammensetzung des Blutes ein, regt den Stoffwechsel an und schon nach kurzem Gebrauch stellt sich bei den Patienten das durch nichts zu beschreibende Gefühl der Gesundheit und Erstarkeung ein, das man am treffendsten als ein förmliches Neugeborenen bezeichnet.
 Dr. Hübeners Lebenssalz zu haben in Schächlein & Co., mit Gebrauchsanweisung in Apotheken u. Drogerien. Wenn nicht, durch Chem. Fabrik H. Lappe GmbH., Düsseldorf; Bilk.

Kaufen Sie ohne Zwischenhandel direkt an der Fabrik an
 erstklassige **Sprechapparate**
 An Beamte günstigste Zahlungsbedingungen. Kataloge mit einzigartiger Auswahl der ensückendsten Modelle gratis. Glänzende Anerkennungen. Schallplatten von 4,50 Mk. an in allen Preislagen.
 H. Schöne & Co., Leipzig, Kasernenstraße 107.



Feilschlinge
Maschinen
Curt Wehrhah
 Ringenthal-Huth 50

Metallbetten
 Stahlmatt., Kinderbett., Bünsca. Priv. Kat. 147 frei. Eisenmöbelabrik (GmbH.)

Fahrräder
 direkt ab Fabrik auf Teilzahlung (F)
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Gebr. Landwehr, Fahrradwerk, Herford



Lest die Urania!
Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften
 Von Karl Zwing
 224 Seiten / Bestes Papier
 Preis: Broschiert 4,50 Mark
 Halbleinen 5,40 Mark
 Für Besitzer des „Gewerkschafts-Archiv“ ein Drittel Preisermäßigung.
 Dieses Werk darf in keiner Arbeiterbücherei fehlen.
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

König
Steinhäger
Wagnell
 mit dem Füllbar ist der echte Steinhäger



RESTE
 ausreichend zumpr. Herrenanz., Peloton, Herrenhemden, Kleider, Wäsche usw. bedeutend unter Preis.
 Man verlange je nach Bedarf postfreie Probe-Muster von Herren- u. Damenstoffen, Baumwollwaren usw.
 Tuchausstellung **Wimpfheimer & Co.**
 Augsburg 40

Billige Nosenträger direkt ab Fabrik!
 50 Proz. unter Händlerpreis
 Strapazier - Nosenträger, 12 Gummi, Lederpaten, Probetützel sortiert M. 26,90 franco. Nachn. Allerbeste Ausführung, feinstes Gummi, erstklass. Lederausführung, Probetützel sortiert M. 26,40 franco. Nachn.
 Bei größeren Sammelbestellungen Zahlungs-erleichterung. Bei Nichtgelassen Rücknahme.
 Rudolf Meitzner, Nosenträger-Fabrik
 Dresden-A. 16 B. (F)

Wandkarten
 von besten Landkarten Landkarten, in Qualität und Geschwindigkeit. Jede Karte Preis: 1,50 Mk. (inkl. Post).
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Rudolf Meitzner, Wandkarten-Fabrik
 Dresden-A. 16 B. (F)

NEUE GÄNSE-FEDERN
 Die besten Gänsefedern sind aus den besten Gänsefedern ausgewählt und sind von der besten Qualität.
 Preis: 1,50 Mk. (inkl. Post).
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Rudolf Meitzner, Gänsefedern-Fabrik
 Dresden-A. 16 B. (F)

Angelo
 mit 2000 Stück
 72-80

Garantie-Fahrräder
 mit Freilauf
 72-80
 Katalog kostenlos
 Fahrradfabrik
 Casani 107



Garantierter erster
Fahrräder
 in Stanniol, 1,17 M. per Pfund franco, Nachn. Postkollf. 9,- Pfund, versendet Gummimar, Meitznerstraße, Ostgr. Kassel 107

Sie verdienen
 viel, auch nebenberuflich, durch Verkauf von Strumpwaren usw. Preis vert. L. Schütze, Dresden 17, Königsstr. 7

Mummi
 1000 Stück
 Preis: 1,50 Mk. (inkl. Post).
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Rudolf Meitzner, Mummi-Fabrik
 Dresden-A. 16 B. (F)

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig
 Geben erscheint in neuester, neu bearbeiteter Auflage
MEYERS LEXIKON
 12 Halbbänder
 Über 100.000 Artikel auf 20.000 Spalten Text, rund 5.000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
 Band I, II u. IV kostet je 30 M., Band III 33 M.
 Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

Heimarbeitsvergn.
 H. Hoffner, Brestau 10.

Hochfeines Pflaumenmus
 1000 Stück
 Preis: 1,50 Mk. (inkl. Post).
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Rudolf Meitzner, Pflaumenmus-Fabrik
 Dresden-A. 16 B. (F)

Bei der hiesigen rund 35.000 Einwohner zählenden Stadtgemeinde ist zum 1. April 1927 die Stelle des **Stadgartenermeisters** zu besetzen. Gefordert werden mehrjähr. praktische Tätigkeit und Erfahrung in der Anlage und Instandhaltung öffentlicher Anlagen u. Friedhöfe sowie in der Pflege städtischer Naturparks mit Laub- u. Nadelholz - der örtliche Naturpark hat eine Größe von rd. 22 ha - , fern. vielseitige Kenntnisse in der Blumenzucht und Beacht. der Gartenbau-schule (2-3 Semest.). Alter der Bewerber möglichst nicht unter 30 Jahren.
 Anstell. als Beamter, Besold. n. Gruppe 7 der städt. Besoldungsordnung (Ortskl. B). Bewerb. mit Lebenslauf, Zeugn. u. mögl. Lichtb. sind bis z. 25. Jan. 1927 einzusenden.
 Zeitb. 6. Dezember 1926.
 Magistrat (Personalabteilung)

Teilzahlung! Katalog frei!
Photogr. Apparate
 Katalog A
 Uhren, Goldwaren, Brillanten, Metallwaren
 Katalog B
L. Kömer,
 Altona-Othmarscher 13



12 ALPA-GOLD-SILBER-BESPECKE
 mit 25jähr. schriftl. Garantie verwend. wird direkt an Privat - ohne Anzahlung - 3 Tage zur Ansicht.
 Die Bezahlung kann bei solch. Käufern in 3 Etappen Monatsraten erfolgen. Fördern Sie illustrierte Preislisten und Muster kostenlos.
 M. Haas & Co., Fabrik feiner Tafelbestecke, Meitmann 103 (Hk.)

MEYERS LEXIKON
 12 Halbbänder
 Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

Anzüge
 Herren-Luxus-Gummihosen u. Wintermantel, Damen-Mantel, Schuhe u. Stoffe
 bei uns **STAGEUR PROBLEM** bedienungsbereit und bequem
 1000 Stück
 Preis: 1,50 Mk. (inkl. Post).
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Rudolf Meitzner, Anzüge-Fabrik
 Dresden-A. 16 B. (F)

XXX. Jahrgang

Berlin, den 24. Dezember 1926

Nummer 52/53

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Einwohner
m 1. April
neu zu
besetzen.
praktische
Anlegung
r Anlagen
Kleinere
teile — der
Bewon rd.
isse in der
rauenbau-
Bewerber
Gruppe 7
Ortsk(A).
n u. mögl.
inzuzusetz.
Abteilung:

Kartal. freil
aparate
e A
dwaren,
otabwaren
B
aracters 13

FECKE
ie wer-
ohne
nsicht
solv.
(F)
Bera
triere
tenlo*
teiner
33 RM.

leipzig
ge:

ON

t. rund
00 z. T.
eilagen
33 M.

lung

dich
u. 100
10 Pfd. 1.50
jr 4.50
Piedl grat
deburg 48

de
u Winter
e u. 30 Pf
edlung
2 -
M 2 -
tie u. frei
100-1000



as bringt uns das Weihnachtsfest? Sind die Mitglieder unserer Organisation von Festesvorfreude erfüllt und warten sie nur auf den Augenblick, wo sie ihren Lieben eine reiche Weihnachtsspende machen können? Oder sind diese Zeiten nicht doch so ernst und bedrohlich im deutschen Wirtschaftsleben, daß wir über den Kreis unserer Familie hinaus voller Sorge an die Not der Millionen Dolasgenossen in diesen Tagen denken müssen, die kaum wissen, wie sie die notdürftigsten Ausgaben bestreiten sollen, ja unter denen so mancher ist, dem es so geht, daß er kaum weiß, wo er sein Haupt hinlegen soll. Das Ringen der Menschheit fodert nicht, sondern geht in diesen Tagen politisch und wirtschaftlich heftiger denn je gegeneinander. Wohl ist Völkerrfrieden, wohl ist die Außenpolitik Deutschlands zurzeit nicht so wie etwa jahrzehntelang vor dem Weltkrieg, da niemand wußte, ob er noch ein Weihnachtsfest im Frieden oder im Kriege „feiern“ müsse. Der fast fünfjährige Weltkrieg ist über Europa hereingebrochen, und wenn in diesen Tagen die Schuldfrage erneut aufgerollt wurde, so sehen wir ganz klar, daß es nicht so sehr die Schuld einzelner Menschen war, als vielmehr die Schuld des jetzigen Wirtschaftssystems, die Schuld aber auch der wahrwichtigen Kriegszustellungen und des monarchisch-kapitalistischen Systems überhaupt. — Sind wir gleich vom Waffenkrieg verschont, so haben wir doch den Wirtschaftskrieg.

Dieser Wirtschaftskrieg wird gegenwärtig in Deutschland mit einer Grausamkeit von Seiten des Unternehmertums geführt, die der Vorkriegszeit durchaus nicht nachsteht. — Und würden wir nicht unsere Organisation besitzen, so hätten unsere Mitglieder am eigenen Leibe noch viel härter die Unbill dieser Zeit zu tragen. Unternehmertum und Verwaltung wetzeln förmlich seit Jahren darin, uns, der Arbeiterschaft, den Wirtschaftskrieg zu erklären. Man nimmt alle technischen Erzeugnisse der Neuzeit wahr für den eigenen Profit oder für den der Betriebe und Verwaltungen. Der Arbeiter soll keinen Anteil haben an diesen Erzeugnissen die ihm doch auch zustehen. An Stelle einer ganz erheblichen Verkürzung der Arbeitszeit, die sich aus dem neuen Arbeitsthythmus naturgemäß ergeben müßte, wird eine weitere „Rationalisierung“ der Arbeitskraft krampfhaft und mit allen Mitteln angestrebt. Es wäre Wahnsinn von Seiten der Arbeiterschaft, sich dagegen auf die Dauer zu sträuben — aber das, was wir fordern, eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, wird nicht erfüllt. Daraus ergibt sich für uns die notwendige Konsequenz. Wir haben keinen Wirtschaftsfrieden, sondern einen Wirtschaftskampf. Wir werden nicht ruhen und ruhen, bis wir ihn zugunsten der Arbeiterschaft ausgehampft haben. — Um die Weihnachtszeit herum zeigt sich auch das Unternehmertum hier und da von der menschlichen Seite. Man will Wohltätigkeit. Die Staats- und Gemeindearbeiter werden mit einer Weihnachtsgabe beglückt. Man glaubt, sich damit vor weiteren Lohnerhöhungen schützen zu können. Auch hierin erblickt die freie Gewerkschaft keinen Willen zum Frieden oder gar zu einer Arbeitsgemeinschaft von Seiten der Betriebe und Verwaltungen, sondern Beamte, Angestellte und Arbeiter sind sich einig darüber, daß mit diesem Weihnachtsalmosen, mit dieser Wohltätigkeit, weder Gerechtigkeit verknüpft ist, noch, daß sie sich mit diesen Dingen ernstlich zufriedengeben können. Arbeiter, Angestellte und Beamte fordern einen Lohn, einen Lebenslohn, der es ermöglicht, die Familie zu erhalten, sie konsumkräftig zu machen und damit gleichzeitig auch der Volkswirtschaft eine gesündere Basis zu schaffen. Denn das ist nach unserer Ueberzeugung die Vorbedingung für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und der ungeheuren Erwerbslosigkeit, daß der Innekonsum in Deutschland gewaltig gekräftigt wird, und die Millionen Arbeitenden in die Lage versetzt werden, höheren Anteil an den volkswirtschaftlichen Gütern zu nehmen. Das ist auch der gewaltige Unterschied zwischen der sogenannten Wohltätigkeit, die von oben kommt, und der gewerkschaftlichen Beihilfe, die auch wir für die Weihnachtstage unsern erwerblosen Mitgliedern angedeihen lassen. Die Ärmsten der Armen, die Erwerbslosen, sollen davon erspart werden. Sie sind sich dessen bewußt, unsere Weihnachtsbeihilfe kommt nicht aus einem gnädigen herablassenden Gefühl, sondern aus dem Gefühl der Solidarität, aus dem Gemeinschaftsgefühl, daß wir die allergrößte Not lindern wollen, daß alle Kollegen auch derer gedenken in diesen Weihnachtstagen, die sich in noch größerer Not und größerem Elend befinden. Darum bringen wir uns in diesen Weihnachtstagen zum Bewußtsein das starke Zusammengehörigkeitsgefühl aller unserer Kollegen und Kolleginnen. Wir wollen sein eine große Familie. Wir wollen nicht erlahmen im Kampf gegen Not und Armut, gegen Bedrückung und Unfreiheit. Wir wissen, dieser Weg ist mühevoll. Wir können keinen Sieg aufweisen an einem Tage auf der ganzen Linie, sondern unser Wirtschaftskrieg wird erst dann zum Frieden führen, wenn alle Menschen ein Anrecht auf auskömmlichen Lebenslohn haben. Dieser Zustand ist nur zu erreichen in einer sozialistischen Gesellschaft. Aber darum dürfen wir uns nicht auf diesen Tag verlassen. Da müssen wir und jeder einzelne an sich und seiner Umgebung arbeiten, daß wir Zukunftsmenschen werden. Wieviel fehlt uns noch am Gemeininn, an der Opferfreudigkeit, um eine solche Zukunftsgesellschaft zur Durchführung zu bringen?

Ueberstunden werden noch in vielen Betrieben geleistet, wo ohnehin das erträgliche Maß von acht Stunden oft genug überschritten wird. Auch hier müssen wir den Kampf mit dem Unverstand in den eigenen Reihen aufnehmen.

Und doch ist wohl in jeder Menschenseele ein Friedensbedürfnis in diesen Winterjonnwendtagen. Die Sonne steht tief am Horizont. Schnee und Eis, finstere Naturgewalten bedrücken einst die Menschheit so stark, daß sie nur eine überirdische Erlösung aus diesen Nöten erkennen konnte. Heute sind wir im Kampf gegen die Naturgewalten erheblich fortgeschritten. Licht und Wärme sind in Fülle geschaffen von der Technik unserer Tage, und die Wunder dieser Technik werden gerade von einem erheblichen Teil unserer Kollegen arbeitsmäßig betreut und erkannt. Sie dienen der Erzeugung von Wärme und Licht. Und doch auch heute noch leben die Millionen unter den mangelnden Einrichtungen. Wohl wäre die Technik so weit, um Millionen Licht, Wärme, Wohnung, Kleidung, Nahrung in Fülle zu spenden. Aber die Verteilung ist doch vorwiegend für die Herrschenden, für die Beherrscher der Produktionsmittel! Und die Millionen, die Schaffenden der Arbeit, entbehren noch allzu viel! Darum muß auch dieses Friedensfest, das Fest der Familie, das Weihnachtsfest, in uns den Gedanken wachrufen: Wir streben den menschlichen Frieden an, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich. Wir wollen die ganze Menschheit auf eine gemeinschaftliche Lebensbasis stellen. Ein Minimum von Lebensfreude, von Existenzmöglichkeit soll jedem Menschenkinde gewährleistet sein. So feiern wir unsere Weihnachten und so verstehen wir das Wort: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! E. D.

Für das Notgesetz gegen die Ueberstunden



Am 11. Dezember trat der Bundesausschuss des ADBB. in Berlin zu seiner sechsten Sitzung zusammen. An ihr nahmen auch die Redakteure der Gewerkschaftsblätter und die Bezirkssekretäre des ADBB. teil. — Gegenstand der Beratungen des Bundesausschusses war die Verkürzung der Arbeitszeit. Genosse Leipart berichtete einleitend über die seit der letzten Bundesausschusssitzung abgehaltenen Besprechungen und Verhandlungen mit den anderen Spitzenorganisationen und der Regierung über die Frage eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens. Leipart nahm auch Bezug auf die parlamentarische Situation in diesem Augenblick. Diese Situation mühte vom Bundesausschuss geprüft werden. In jedem Fall halte er eine energische Propaganda für die Forderung der Gewerkschaften für notwendig.

Graßmann machte sodann dem Bundesausschuss Mitteilung von den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern in den Fraktionen der bürgerlichen Parteien des Reichstags und über die damit im Zusammenhang stehenden Verhandlungen mit Regierungsvertretern. Er erläuterte gewisse Angebote der Regierung und der Regierungsparteien zu der von den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage der Arbeitszeit im einzelnen und zeigte, welche Gegenwortschläge die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion diesen Angeboten entgegensezten. Die Vorschläge der Regierung sowie der Regierungsparteien kennzeichnete Graßmann dahin, daß sie eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung des geltenden Rechts sind. Auch mit den vom Arbeitsminister bereits herausgegebenen und weiterhin in Aussicht gestellten Weisungen an die Schlichtungsbehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten können sich die Gewerkschaften nicht zufrieden geben.

Genosse Spliedt (Sekretär des ADBB.-Vorstandes) kennzeichnete die praktischen Folgen, welche die Bewerksichtigung der Regierungsvorschläge haben würde. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie keine vorläufige Regelung der Arbeitszeitfrage vornehmen, sondern die endgültige Regelung im Arbeitsschutzgesetz, dessen Entwurf jetzt vorliegt, aufstreben werde. Spliedt besprach diesen Entwurf. Von den früher vortragenen Wünschen der Gewerkschaften enthält der neue Entwurf nichts. Ueberall findet man dagegen in dem Entwurf deutliche Spuren des Einflusses der Arbeitgebergruppen. Was der Entwurf bietet, ist ein Irrgarten; in einem solchen Gesetz würde sich nur ein enger Kreis gewichtigster Fachleute wirklich zurechtfinden. Ferner machte Spliedt Mitteilungen über die vom Bundesvorstand unternommenen Ermittlungen über den Umfang der gegenwärtig geleisteten Ueberarbeit.

In der Debatte wurde die Auffassung vertreten, daß es nicht sein Bewenden haben könne bei der parlamentarischen Aktion zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zur Arbeitszeit, sondern daß es notwendig sei, in eine große Aktion zur Aufrüttelung der Mitgliedschaften und zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens einzutreten. Die vom Bundesvorstand in der Frage der Arbeitszeit bereits unternommenen Schritte fanden die Billigung des Bundesausschusses. Die Verbandsvorstände gaben einmütig die Zusage, daß auch sie eine energische Propaganda für die Wiederherstellung der achtstündigen Arbeitszeit sofort beginnen werden. — In der Diskussion wurde folgendes angedeutet: Umbreit (Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“) wies darauf hin, daß die Beratung des Arbeitszeitgesetzentwurfs eine so lange

Zeit in Anspruch nehmen werde, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken dürfen, wegen der Aussicht auf das Arbeitsschutzgesetz auf das Notgesetz zu verzichten. Die Gewerkschaften müssen vielmehr alle verfügbaren Kräfte in Bewegung setzen, um eine starke Propaganda für das Notgesetz zu entfalten. Simon (Schuhmacher) teilt mit, daß in der Schuhindustrie in manchen Betrieben trotz verringerter Arbeiterzahl täglich mehrere Ueberstunden gemacht werden. Auch er spricht sich für eine energische Propaganda gegen das Ueberstundenunwesen und für den Achtstundentag aus. Genosse Dr. Mejer (Bezirkssekretär in Düsseldorf) gibt praktische Anregungen zur Ausgestaltung einer solchen Propaganda. Reichel (Metallarbeiter) betont, daß ein Propagandefeldzug für das Notgesetz zugleich Vorarbeit für die Verbesserung des Entwurfs zum Arbeitsschutzgesetz und eine Aktion zur Stärkung der Gewerkschaften im allgemeinen wäre. Dittmer (Gemeinde- und Staatsarbeiter) hebt hervor, daß es bei einer Aktion zur Beseitigung der Ueberstunden auf den Willen der einzelnen im Betrieb ankommt. Diesen Willen aufzurütteln, sei eine wichtige Aufgabe. Aber mit der Pressepropaganda gegen das Ueberstundenunwesen allein können wir nicht aus. Es müssen auch verwaltungstechnische Maßnahmen von den Ortsverwaltungen und den einzelnen Betrieben getroffen werden, wie das bereits hier und da geschieht. Statistische Erfassungen der Ueberstunden sind anzulegen, so daß der Kampf systematisch erfolgen kann und sich nicht nur in Ermahnungen erschöpft. In bezug auf die Propaganda gegen die Ueberstunden müssen alle modernen Mittel: Radio, Lichtbild, Plakat usw. stärkere Anwendung finden, um auch die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Wie weit diesen Bestrebungen durch besondere parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen (Demonstrationen) nachzuhelfen ist, muß eingehend von den Körperschaften

Nachtdunkle Stille, Sternengefunkel.
Leuchtende Welten durchfliegen der Raum.
Schatten und Licht in wechselnder Reihe.
Unerwagte Nacht. Unerwagtes Licht.

Allgewalt der Natur, Schöpferin alles Erhabenen!
Erhaben in machtvoller Fülle herrliche Werke.
Erwig bestehend, ewig vergehend, stürzend und bauend.
Nimmermehr ruhend im Kreislauf des Lebens.

Und wir darinnen, Werk deiner Macht.
Zeugen der Größe, Wunder der Schöpferkraft.
Kinder des Lichts, Kinder der Sonne,
Erben der Zukunft, lichtvoll und frei.

Kinder der Erde, so sind wir geboren,
steigend aus Tiefen zur Höhe des Lichts.
Tropend der Mühen, spottend des Ungemachs,
hoffend des Sieges, der die Freiheit bringt.

Hervor drum, Genossen! Helfst, daß die Erde
alles uns gebe voll Freuden erfüllt.
Frieden und Freiheit dem schaffenden Menschen
Liebe und Freude allüberall!

W. Bulan

erwogen werden. Nur über den Weg einer wesentlich verminderten Ueberstundenwirtschaft kommen wir wieder zur konsequenten Durchführung des Achtstundentages auf der ganzen Linie. Jäckel (Textilarbeiter) weist darauf hin, daß in der Textilindustrie in allerjüngster Zeit Schiedsprüche zwecks tariflicher Regelung der Arbeitszeit gefaßt worden sind, die im trassen Widerspruch stehen zu den Weisungen des Reichsarbeitsministers an die Schlichter, nach denen diese gleichfalls auf eine Einschränkung von Ueberarbeit hinwirken sollen. Auch Jäckel betont, daß es nicht geboten erscheint, sich auf den parlamentarischen Weg allein zu verlassen, sondern daß es notwendig ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hinzulenken auf die großen Mißstände, die hinsichtlich der Arbeitszeitdauer in den Betrieben herrschen. Bernhard (Baugewerksbund) führt Beschwerde darüber, daß selbst bei Notstandsarbeiten der Achtstundentag nicht eingehalten wird. Auch dagegen müsse vorgegangen werden. Husemann (Bergarbeiter) macht Mitteilungen über Bemühungen des Bergarbeiterverbandes zwecks Einschränkung der Ueberstunden im Bergbau. Im mitteldeutschen Revier hat der Bergarbeiterverband das geltende Arbeitszeitabkommen bereits geändert, um dort eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Kummer (Metallarbeiter) tritt gleichfalls für eine archaische Werbeaktion der Gewerkschaften neben der parlamentarischen Aktion für den Achtstundentag ein. Reichel (Textilarbeiter) ergänzt die Ausführungen des Genossen Jäckel über die Lage in der Textilindustrie. Eggert (Bundesvorstand) erörterte die taktischen Möglichkeiten einer Propagandaaktion. Notwendig sei sie aber auch darum, weil wir jedes Jahr neuen Zuwachs in den Gewerkschaften erhalten, der noch nicht genügend vertraut ist mit den Gedankengängen der Gewerkschaften und den Erfordernissen des gewerkschaftlichen Kampfes.

Leipart fasste im Schlußwort das Ergebnis der Aussprache zusammen. Er teilte zunächst mit, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im letzten Monat wieder um 5000 vermehrt hat. Das müßte die Gewerkschaften erst recht anspornen, das in der Frage der Arbeitszeit gesteckte Ziel mit Mut und Zuversicht zu verfolgen. Eine großzügige Werbeaktion für das Notgesetz, gegen das Überstundennummern müsse nun als eine Aktion der gesamten Verbände begonnen werden. Sie müsse vorangetrieben werden mit allen tatsächlich möglichen Mitteln, die je nach den Verhältnissen in den einzelnen Industrien verschieden sein werden, und mit unserer ganzen inneren Begeisterung. Es darf unter unseren Mitgliedern niemand geben, der nicht weiß, daß eine verkürzte Arbeitszeit die Voraussetzung ist für eine Verbesserung der kulturellen Lage der Arbeiterschaft und daß infolge einer durch Überstunden verlängerten Arbeitszeit, durch welche die Arbeiter-

schaft leidend und körperlich verkümmert, die Wirtschaft schließlich einen Schaden nehmen m. H. Leipart schloß mit der Festsetzung, daß der Bundesrat sich einig und entschlossen sei in dem Willen, die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen.

Simon (Schuhmacher) gab sodann Aufklärung über die in der Schuhindustrie drohende Aussperrung von 50 000 bis 70 000 Arbeitern. Kam es zu diesem Kampfe, so sei er, das müßte der Redner schon jetzt sagen, der Arbeiterschaft aufgezungen. Leipart antwortete darauf, daß die übrigen Gewerkschaften die Schuharbeiter bei einem solchen Kampfe selbstverständlich nicht im Stich lassen würden. Man wisse, daß es sich für die Schuhmacher hierbei um die Erfüllung sehr berechtigter und in mäßigen Grenzen gehaltenen Forderungen handelt, die von der Schuhindustrie ohne Schwierigkeiten bewilligt werden können.

Sonderbare Politik des Deutschen Beamtenbundes in Sachsen

Die „Sächsische Gemeinde-Beamtenzeitung“ berichtete am 15. November den Mitgliedern des SGB, daß der Landesbund Sachsen des DBB. Regierung und Landtag am 5. Oktober 1926 ersucht habe, der Beamten- und Lehrerschaft eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Wörtlich schreibt sie: „Der Landtag hat zu dieser Eingabe noch Stellung genommen. Da ihm aber gleichzeitig eine Eingabe des Landesauschusses Sachsen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes um Gewährung von zinslosen Darlehen vorlag, war ihm die Entschiedenheit sehr leicht gemacht. Der Landtagsausschuß beschloß, beide Eingaben der Regierung mit dem Ersuchen zu überweisen, bei Gesuchen um Bewilligung von Vorküßeln entgegenkommend zu verfahren.“

Der Zweck dieser Zeilen des SGB. liegt klar auf der Hand. Dem AD. B. soll hier die Schuld in die Schuhe geschoben werden, daß das Verlangen des DBB. nach einer Winterbeihilfe abgelehnt wurde. Dem DBB. ist aber bekannt, daß der Staatshaushalt mit Fehlbeiträgen belastet ist und daß deshalb der alte Landtag auf keinen Fall weitere Fehlbeiträge übernehmen konnte, für deren Ausgleich das neue Parlament hätte sorgen müssen. Aus diesem Grunde lehnte ja auch der Landtag ab, allgemeine Vorküßle wie in früheren Jahren zu bewilligen. Er belag also Verantwortungsgefühl genügend. Und das selbe ist auch dem AD. B. eigen. Weil der Landesauschuß des AD. B. es ablehnt, die Beamtenchaft zu Wahlunterlagen mißbrauchen zu lassen, richtete er seinen Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe an den neugewählten, für den Etat verantwortlichen Landtag. Da ihm aber andererseits die Notlage der Beamtenchaft bekannt war und die Eindeckung mit Winterorräten naturgemäß vorwiegend im November erfolgt, ersuchte er Regierung und Landtag um Gewährung von zinslosen Darlehen. Staats- und Gemeindebeamte sind dem AD. B. dafür dankbar und der DBB. ist ärgerlich darüber, daß er es unterlassen hat, für eine derartige Hilfsaktion Sorge zu tragen. Uebrigens rühmt sich der DBB. dauernd seiner Stärke. Hier tut er so, als ob der Landtag dem „kleinen“ AD. B. das meiste Gewicht beimesse. Wenn der DBB. nun in seiner Eingabe betont, daß „der Beamtenchaft nicht durch Kredite geholfen werden kann, die sie zum größten Teil in beängstigender Weise aufgenommen hat, sondern nur durch eine Teuerungsbefreiung, die sie in den Stand setzt, drückende Schulden abzulösen und unumgängliche Anschaffungen zu bezahlen“ und an anderer Stelle, daß „bei dieser Notlage die Beamtenchaft zur Deckung ihres Bedarfs Kreditgeschäften in die Arme getrieben wird, die zwar ohne Bargeld Waren abgeben, dann aber um so rigorosere ihre Forderungen eintreiben,“ sind wir mit ihm einer Meinung, daß durch Kredite eine vorhandene Notlage nicht beseitigt werden kann. Wir müssen aber dem DBB. den Vorwurf machen, daß er in großzügiger Propaganda fortgesetzt seine Mitglieder dazu veranlaßt, „in beängstigender Weise“ Kredite bei dem unter dem Namen Debema aufstrebenden Hamburger Kaufmann Köster aufzunehmen und damit für „drückende Schulden“ zu sorgen, die Herr Köster selbstverständlich genau wie jeder andere Besitzer eines Warenhauses in „rigoroser“ Form eintreiben muß. Wir nehmen das Herr Köster nicht übel, er ist nun einmal Geschäftsmann, aber wir erklären, es steht dem DBB. schlecht an, sich über die Verelendung der Beamten durch Sturz in Kreditgeschäfte mit ihren üblen Folgen zu entrüsten, wenn er ihnen dieses Kreditaufnehmen dauernd empfiehlt. Wie die Zahltermine bei Köster eingerichtet sind, spielt dabei keine Rolle; der Zahltag kommt doch und je leichter die Sache von außen ausseht, desto schlimmer wird sie den Kunden von Herrn Köster oder der Debema fühlbar. Die Debema ist also keine Genossenschaft und die Sächsische Schulzeitung, ein dem DBB. untergeordnetes Organ, schreibt, daß die Debema ein reines Privatunternehmen, unabhängig von dem Gewerkschaften, ist und das Wort „Beamten“ in der Ge-

schäftsform zu Unrecht führt. Das Landesamt Sachsen des DBB. empfindet aber den Mitgliedern des DBB., in diesem Privatunternehmen ihre Lebensbedürfnisse zu decken und täuscht ihnen vor, daß sie es mit einer Genossenschaft zu tun haben. Der DBB. verschweigt auch seinen Mitgliedern, was der dem DBB. angeschlossene Lehrerverein in einem Organ schreibt, nämlich, daß die in der Beamtenbank deponierten Beamtengelder dazu dienen, daß „Herr Köster seine Privatgeschäfte noch nutzbringender macht“. Also die Eingabe des DBB. ermanget das ersten Willens, der Beamtenchaft zu einer gefunden wirtschaftlichen Lage zu verhelfen.

Der AD. B. kennt nur die Interessen seiner Mitglieder. Er hat unter dem Gesichtspunkte, daß der seine Sitzungsperiode beendende Landtag nicht geeignet war, zu helfen, mit seiner Forderung auf Gewährung einer Winterbeihilfe gewartet, um sie dem neuen Landtag zu unterbreiten. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Eingabe schließlich geprüft und durchberaten wird, während der DBB. glaubte, zweckmäßig zu handeln, wenn er kurz vor den Wahlen durch seine Eingabe sämtliche Parteien zu einer Wahlagitationsabstimmung veranlaßte. Aber er hat sich getäuscht, die Parlamentarier waren vernünftiger und lehnten es ab, ihren Nachfolgern das Regierungsgeld zu erschweren. Daß der DBB. immer mehr auf Agitationsarbeit seine Hoffnungen setzt, beweist derselbe Artikel der SGB., vom 15. November, welcher am Schluß von den bekannten Anträgen der kommunistischen und der völkischen Reichstagsfraktion auf Besetzungsbesserung eine beamtenfreundliche Umstellung des Reichsfinanzministeriums erhofft. Wir sind nicht so optimistisch und glauben nicht eher an Hilfe, bevor nicht die von Verantwortungsgefühl geleiteten politischen Parteien, wie z. B. die SPD. Reichstagsfraktion, für Aufbesserung der Beamtenbezüge eintreten. Von den übrigen Parteien, in denen die Prominenten des DBB. sitzen, wissen wir, daß sie mit deren Hilfe den unteren Beamten nur dann helfen, wenn für die höheren Beamten das Vielfache herauspringt. Am liebsten halten wir uns schon deshalb von agitatorischen Methoden fern, weil wir bei allen Maßnahmen auch unsere Brüder im Wirtschaftskampfe, die Arbeiter und Angestellten, nicht vergessen. So wenig, wie wir unsere mißliche Wirtschaftslage verlängert wissen wollen, so wenig können wir uns dafür einlegen, daß das Gros der arbeitenden Schichten unlere Vasten trägt. Mit ihnen gemeinsam kämpfen wir gegen Verelendung unserer Wirtschaftslage, die eine Folge der Profitgier der Kapitalisten ist. Zu unseren Kampfmitteln zählen wir dann auch unsere genossenschaftliche Selbsthilfe, die Verbraucher-genossenschaft. In Sachsen haben wir neben den Konsumvereinen die „Wimosa“, welche die Aufgabe hat, die Beamtenchaft für die Genossenschaftsidee dadurch zu gewinnen, daß sie durch ihr ganzes Geschäftsgebahren nur wirtschaftliche Vorteile für ihre Mitglieder, aber nicht für das Privatkapital, wie bei der Debema, anstrebt.

Wundern müssen wir uns immer wieder, daß der von „Sozialdemokraten“ reich durchsetzte Funktionärkörper des DBB. in Sachsen alle diese arbeitnehmer-schädlichen Treibereien der DBB.-Führer mitmacht. Dafür aber diese DBB.-Sozialisten die freigeberliche Arbeiterbewegung bekämpfen. Deshalb sind wir auch unbeschränkt und forderten mit reinem Gewissen eine Wirtschaftsbeihilfe unter Hinweis auf die stetig steigende Teuerung. Wir forderten sie vom neuen Landtag, der in der Lage ist, die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an die bedürftigsten Arbeitnehmer nachzuprüfen.

A. Raumburger.

Bei einem temperamentvollen Menschen mit loser Zunge ist der Geist wie eine geladene Pistole in den Händen eines Kindes.

Emile Auger. (Arme Löwln.)

Einmalige Lohnzahlungen für die Reichs- und preußischen Staatsarbeiter

Alle Reichs- und preußischen Staatsarbeiter und -arbeiterinnen, soweit sie vom 1. April bis 2. Dezember 1926 90 Tage im Reichs- oder Staatsdienst beschäftigt waren, erhalten eine einmalige Lohnzahlung in Höhe eines Wochenlohnes. Die zum 31. Dezember ausgesprochene Kündigung des Lohn tariffs ist durch diese Maßnahme zurückgezogen. Eine erneute Kündigung des Lohn tariffs kann frühestens im Februar 1927 zum 31. März erfolgen.

So sehr unsere Kollegen hier oder dort erfreut sein werden, durch diese einmalige Zulage zu den Feiertagen mehr Geld zu erhalten und damit vielleicht in mancher Familie die größte Sorge für den Augenblick verjagt ist, darf aber nicht übersehen werden, daß derartige einmalige Zulagen nicht das Allheilmittel sind, die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen nennenswert besser zu gestalten.

Es wäre gewiß den Reichs- und Staatsarbeitern und auch uns Arbeitern, eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Lohnhöhung durchzuführen.

Wenn wir durch die Beschlüsse des Reichstags und Landtags, wonach den Beamten einmalige Zuwendungen gezahlt werden, in die Lage versetzt wurden, mit allem Nachdruck auch für die Arbeiter etwas Ähnliches zu fordern, so darf dieses für den Augenblick notwendige Vorgehen nicht etwa zu einer Dauererscheinung gewerkschaftlicher Taktik sein.

Den Reichs- und Staatsarbeitern wäre, genau wie den Beamten, mit einer notwendigen, ausreichenden Lohnhöhung zehnmal mehr gebüht, als mit der einmaligen Beihilfe.

Da aber Zeit und gewisse Begleiterscheinungen eine wirklich befriedigende Lohnhöhung nicht ermöglicht hatten, mußten wir, den Beschlüssen des Reichstags entsprechend, diesen Weg gehen, um unsere Kollegen nicht finanziell zu schädigen.

Das Reichsfinanzministerium hat sich hartnäckig geäußert, den Arbeitern eine einmalige Beihilfe zu gewähren, weil man glaube, durch ganz geringfügige Lohn erhöhungen besser wegzukommen. Es sollte wiederum, wie im Vorjahr, bei den Arbeitern gespart werden. Dieses Konzept haben wir dem Reichsfinanzministerium durch starrs Festhalten an unserer Forderung gründlich verborben.

Als man endlich einah, daß man den Forderungen der Gewerkschaften doch Rechnung tragen müsse, machte man anfänglich ein Angebot, wonach die Höchstgrenze der einmaligen Beihilfe 25 Mk. nicht übersteigen dürfe. Den niedrigsten Satz verschwiegen man zunächst schamhaft.

Nach diesem Angebot zu urteilen, wollte man anscheinend wieder einmal die Lohnpolitik der Reichsbahn gesellschaft für die Reichsarbeiter gelten lassen. Man wollte wiederum mit zweierlei Maß messen. Während den Beamten ein Viertel des Monatsgehalts zugestanden ist, wollte man den Arbeitern, die sich größtenteils in einer noch größeren Notlage befinden, als Höchsttag 25 Mk. gewähren.

Wenn trotz aller Schwierigkeiten wir für unsere Kollegen diesen Erfolg buchen können, so ist wiederum der Beweis erbracht, daß

ohne Tarifverhältnis, ohne Organisation die Reichs- und Staatsarbeiter leer ausgegangen wären. Nur durch Stärkung der Organisation wird es für die Zukunft nur möglich sein, die Reichsregierung zu zwingen, eine andere Lohnpolitik wie bisher einzuführen. Darum, Kollegen, leistet Werberbeit für die Organisation.

Bereinerung.

1. Jeder unter den I.R.N. stehende Lohnempfänger, dessen Arbeitsverhältnis bei der Reichsverwaltung an einem Tage im Dezember 1926 vor dem Zahltag noch bestand und zwischen dem 1. April und 1. Dezember 1926 mindestens 90 Tage — gegebenenfalls auch mit Unterbrechungen — umfaßt hat, erhält eine einmalige Sonderzahlung in Höhe eines Wochenlohnes (Tariflohn) — gegebenenfalls einschließlich Dienalters-, Frauen- und Kinderzulage, Lohnzulage gemäß § 6 I.R.N., Ueberstunden-Bonusbetrag gemäß § 11 Abs. 7 I.R.N. und Zulagezulage —; alle sonstigen Zulagen und etwaige Akkordüberverdienste bleiben außer Anlaß. — Bei der Berechnung des zu zahlenden Betrages ist die Pochentundenzahl zugrunde zu legen, die der einzelne Lohnempfänger im Dezember 1926 regelmäßig zu leisten hatte. Abzüge für Sachleistungen sind hierbei nicht zu machen.

2. Lohnempfänger, die im Laufe des Dezember 1926 ausgeschieden sind, aber die Voraussetzungen der Ziffer 1 erfüllt haben, erhalten die Sonderzahlung auf Antrag. Der Antrag muß bis 31. Januar 1927 gestellt sein.

3. Haben beurlaubte oder erkrankte Lohnempfänger, die die Voraussetzungen der Ziffer 1 erfüllt haben, für einen oder mehrere Tage im Dezember 1926 vor dem Zahltag Anspruch auf Lohn- oder Krankengeldzuschuß, so wird ihnen die einmalige Sonderzahlung ohne Rücksicht auf das Urlaubs- oder Krankheitsverhältnis gewährt.

4. Die Zahlung soll möglichst am 23. Dezember 1926 erfolgen.

5. Die gefälligen Tariflöhne treten ab 1. Januar 1927 wieder in Kraft; eine erneute Kündigung ist frühestens zum 31. März 1927 zulässig.

Unser Mitgliederstand am 1. Dezember 1926

Auch der Monat November zeigt eine Mitgliederzahl von rund 207 000 Mitglieder wie der Vormonat. Im einzelnen sind am Schluß des Monats November 175 840 männliche und 31 256 weibliche, insgesamt 207 096 Mitglieder. Von den 863 Filialen haben rechtzeitig die Berichtskarte eingekandt 626 Filialen über 158 498 männliche und 29 324 weibliche, insgesamt 187 732 Mitglieder oder 90,7 Proz. der Gesamtmitgliederzahl. 237 Filialen mit insgesamt 19 364 Mitgliedern haben die Berichtskarte verfallen rechtzeitig einzulenden. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegen den Vormonat um 710 von 3133 auf 3843 gestiegen. In einem Monat ist das eine sehr erhebliche Steigerung. Die von den Verwaltungsbehörden getroffenen Maßnahmen zur Wälderung der Arbeitslosigkeit müssen entschiedener, von größeren Erfolgen begleitet sein. Das gebietet die Erhaltung einer gesunden Volkswirtschaft. — Das gleiche betrübende Bild bieten auch die Ziffern über Kurzarbeiter. Auch hier tritt eine erheblich auffallende Steigerung von 387 im Vormonat auf 563 bei der diesmaligen Zählung, also um 176 oder 45,4 Proz. in Erscheinung.

Die mittelalterliche Stadt

Wirtschaftsgeschichtliche Wanderer von Dr. Chr. Felsch.

Man sagt nicht mit Unrecht, die Kenntnis der Vergangenheit und ihre Beachtung sei ein Merkmal reifer Bildung und Gesittung, aus ihrer Wertschätzung erwache Kraft und Mut für Gegenwart und Zukunft. Gilt dieser Satz für ein ganzes Volk hinsichtlich der Kenntnis seiner geschichtlichen Entwicklung, so muß er auch Geltung haben für einzelne Teile und Stände dieses Volkes. Gewiß ist es recht schwer für den modernen Großstädter, der noch nie den Rauber des alten Nürnberg, eines Pöbelhübschlingers oder der Tauber erlebte und auf sich einwirken ließ, sich ein Bild einer mittelalterlichen Stadt zu machen. Aufgabe unserer Zeiten soll es sein, nicht ein Stück Romanistik dem Volk zu zeigen, sondern nur einiges aus der alten Stadtwirtschaft wiederzugeben. Für die ökonomische Entwicklung sind Lage des Standortes, Fruchtbarkeit des Bodens und klimatische Verhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung. Die Wirtschaftsform der Städte war lange Zeit hindurch die Naturalwirtschaft. Erst spät trat die Geldwirtschaft hinzu. Zunächst entstanden in den geschlossenen Orten, die bei ihrer Gründung einer Schutzmauer noch entbehren, die offenen, nicht überdachten Märkte, wo einheimische und fremde Erzeugnisse aller Art zum Kauf feilgeboten wurden. Witterungsunbilden, wie Kälte, Frost und Regen, zwingen jedoch den Rat, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, und so entstanden die

Kaufhallen, auch Reg- oder Rehhäuser genannt. Vor allem waren es die Weineverber, Tuchhändler und Kürschner, die zuerst solche Hallen errichteten, da ja ihre Waren besondere Schonung und Aufmerksamkeit verlangten. Außerhalb der Rehhäuser befanden sich die Bogengänge, auch Lauben genannt. In diesen kamen Geschäftsmittel zum Verkauf. Gleichzeitige Gewerbetreibende hatten ihre Läden und Bänke nebeneinander. So gab es Fleisch-, Fisch-, Brot- und andere Bänke. Die Benutzung war mit einem Standgeld verknüpft, das an den Magistrat entrichtet wurde. Einmal diente diese Gebühr dort, wo der Rat selbst solche Hallen errichten ließ, zur Amortisation derselben, dann aber auch, um Ordnung zu stiften, denn der Stand blieb Eigentum ein und derselben Familie, solange sie den Stand bezahlen konnte. Naturgemäß verfielen der Inhaber somit auch über einen Stamm lehnhafter Munden. Im Anfang der Städteentwicklung war dies alles noch unentwickeltes Herkommen, erst im Laufe der Zeit entwickelte sich hieraus ein erbliches Recht. Zünfte und Kaufmannsgilden übernahmen dann die Interessen der Mitglieder der einzelnen Bänke. Die geschlossenen Orte erhielten von den Bischöfen und Landesherren jeweils besondere Privilegien und Gnadenerlasse, die ihnen allerlei Vorzüge und Vorteile anderen gegenüber verschafften. Das war der Grundstein vielfach zu den verschiedenen Stadtrechten. Jede Stadt von einiger Bedeutung entwarf ihr eigenes Munizipalrecht oder nahm das einer benachbarten an, deren Verfassung schon mehr ausgebildet war. Betrachten wir das mitteldeutsche Gebiet, so finden wir, daß das Braunlaueiger Stadt

Wirtschaftsgebiete bzw. Gauverwaltungen	Anzahl der Mitglieder am 1. Nov. 1924	Mitgliederstand am 1. Dezember 1924			Zu- nahme ;- Ab- nahme
		männlich	weibl.	zusammen	
1. Nordwest					
a) Hamburg . . .	22 636	18 633	4 090	22 723	3 87
b) Bremen . . .	5 731	5 356	305	5 691	4 40
c) (Schleswig-Holst.) Westfalen . . .	6 149	5 106	959	6 065	4 84
	34 516	29 125	5 354	34 479	4 37
2. Westfalen . . .	11 789	10 497	1 223	11 720	4 69
3. Rheinland . . .	9 502	9 106	478	9 584	3 82
4. Rhein- u. Main Saarland . . .	16 621	13 854	2 740	16 591	4 27
5. Rheinpalz . . .	3 295	3 013	302	3 315	3 20
6. Baden . . .					
a) Karlsruhe . . .	7 508	6 893	655	7 548	3 40
b) Tübingen . . .	984	793	174	971	4 13
	8 492	7 686	833	8 519	3 27
7. Württemberg . . .	5 333	4 878	407	5 345	3 12
8. Bayern . . .					
a) München . . .	8 541	7 182	1 385	8 567	3 26
b) Nürnberg . . .	6 197	5 708	477	6 185	4 12
	14 738	12 890	1 862	14 752	3 14
9. Thüringen . . .	5 262	4 487	760	5 247	4 15
10. Sachsen . . .					
a) Dresden . . .	11 267	8 313	2 344	11 257	4 10
b) Leipzig . . .	6 656	4 802	1 869	6 671	3 15
c) Bismarck . . .	6 629	5 726	1 033	6 759	3 130
	24 552	19 441	5 246	24 687	3 135
11. Mittel- deutschland . . .					
a) Magdeburg . . .	7 460	5 931	1 407	7 338	4 122
b) Halberstadt . . .	3 333	3 038	314	3 332	4 1
	10 813	8 969	1 721	10 670	4 123
12. Hannover . . .	6 501	5 808	706	6 514	3 13
13. Schlesien . . .	10 045	8 341	1 776	10 117	3 72
14. Brandenburg . . .	6 203	5 378	576	5 954	4 249
15. Ost- u. Westpreußen . . .	26 320	20 732	5 588	26 320	2 1
16. Pommern . . .					
a) Stettin . . .	3 673	3 131	501	3 632	4 41
b) Stolberg . . .	1 453	1 247	212	1 459	3 6
	5 126	4 378	713	5 091	4 35
17. Ostpreußen . . .	8 100	7 205	876	8 084	4 16
Einzelmitglieder:	83	49	35	84	3 1
	207 291	175 840	31 256	207 096	4 195

Mitteldeutsche Arbeitszeitfragen

Die Regelung der Arbeitszeitverhältnisse für die Gemeindearbeiter und Straßenwärter hat in Mitteldeutschland durch den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden immer eine eigenartige Behandlung erfahren. In keinem der Tarifverträge wurde die Arbeitszeit den Verhältnissen und den Eigenheiten der Betriebe und Verwaltungsstellen angepasst, sondern lediglich gefühlsmäßig wurde vom Arbeitgeberverband jeder reaktionäre Vorstoß des Unternehmertums gegen den Achtstundentag mitgemacht, lediglich, um bei den anderen Arbeitgeberverbänden Deutschlands, besonders der Privatindustrie, als der tüchtigste Mann dazuzufehen.

Monatelang haben die Verhandlungen unserer Arbeitnehmervertreter mit den Vertretern des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes über den Achtstundentag getobt. Alle Einwände der Gewerkschaften, daß sich in den sechs Jahren der Achtstundentag in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialbetrieben bewahrt hatte und daß eine Verlängerung der Arbeitszeit nach eigenen Angaben der Direktoren und Institutsleiter lediglich eine Mehrbelastung der Gats ergeben würde, wurden von dem Arbeitgeberverband in den Wind geschlagen.

Mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse wurde überall gegen die Stimmen der Gewerkschaften nachfolgende Arbeitszeitverlängerung für die einzelnen Gruppen eingeführt.

Für die Gemeindearbeiter: „Gemäß § 1 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 beträgt die regelmäßige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 8 Stunden — 48 Stunden wöchentlich — ausschließlich der Pausen. In Anbetracht der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse werden wöchentlich 6 Nebenstunden ohne Nebenstundenzulag geleistet. Eine Ersetzung der Nebenstundenzahl bleibt örtlicher Regelung unter Zustimmung der Verbände überlassen.“

Für die Straßenwärter: „Gemäß § 1 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 beträgt die regelmäßige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 8 Stunden — 48 Stunden wöchentlich — ausschließlich der Pausen. — In Anbetracht der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse werden auf Verlangen der Verwaltungen 6 Nebenstunden wöchentlich ohne Nebenstundenzulag geleistet. Im Sommerhalbjahr kann die Arbeitszeit um weitere 6 Nebenstunden wöchentlich ohne Nebenstundenzulag verlängert, während der Wintermonate bis auf 7 Stunden täglich herabgesetzt werden.“

Für die Gemeindearbeiter in Halle wurde nun im Jahre 1924 vor Einführung dieser Arbeitszeit eine besondere, örtliche Verhandlung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seydel geführt. Hierbei wurde von den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern, auch von einzelnen Betriebsleitern zum Ausdruck gebracht, daß man in Halle vom letzten Abgang der neuen Vereinbarung, wonach eine Herabsetzung der Nebenstundenzahl örtlicher Regelung überlassen bliebe, Gebrauch machen könne.

Der Bürgermeister als das ausführende Organ des Arbeitgeberverbandes wollte davon aber nichts wissen, lediglich war er bereit, wenn andere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten würden, erneute Verhandlungen zu pflegen.

Es wurde dann vom Juli 1924 ab die Arbeitszeitverlängerung eingeführt. Genau so sollte für die Straßenwärter der Achtstundentag aufgehoben und die Verlängerung eingeführt werden.

„Ich werde den neuen Staat nicht mehr sehen. Alle Veränderung, sowohl in der Gesellschaftsordnung wie in der Natur, vollzieht sich langsam, fast unmerklich. So geschehen auch die gesellschaftlichen Umwandlungen unmerklich und unaufhörlich. Der angestammte Mensch fürchtet, wie eine drohende Smut, eine Veränderung, die schon vor seiner Geburt einsetzte, die sich vor seinen Augen vollzieht, ohne daß er sie wahrnimmt, und die erst in einem Jahrhundert fühlbar werden wird.“
Anatole France.

recht vom Jahre 1232 datiert. Es wurde vom Herzog Otto bestätigt. Diederik bestätigte auch der Altstadt Hannover und Lüneburg ihre Rechte. Es kam aber auch vor, daß eine Stadt, die eigenes Recht besaß, dasjenige einer anderen Stadt in Anspruch nahm. So nahm z. B. Celle in Halden, wo das eigene Stadtrecht unzulänglich erschien, seine Zuflucht zu dem braunschweigischen. Die Stadtordnung der Stadt Braunschweig, die den Titel trägt: „Ordinarius des Rates zu Braunschweig“, bestimmt in 148 Paragraphen, was des Rates und der bei der städtischen Verwaltung angestellten Personen Obliegenheit sei. Es enthält nur Vorschriften für Polizei- und Verwaltungsangelegenheiten, ist also noch kein Privatrecht, oder Strafgesetzbuch im heutigen Sinne.

Durch sorgfältige Bearbeitung der Gesetze gaben die Städte überhaupt ein Vorbild, wie dem Rechte des einzelnen Schutz gewährt und das Wohl des Höheren wie des Geringeren gesichert werden müsse. Sie gaben aber auch ein Beispiel, wie behaglich es sei, die Rechtsverwaltung in eigener Hand zu haben.

Die Entwicklung des Stadtrechts durchlief drei Phasen. Nach der Selbstverwaltung, auch Willküren genannt, schritt man zur Selbstverwaltung, die in den Statuten ihren schriftlichen Niederschlag fand, und nahm als letztes die Selbstgerichtsbarkeit für sich in Anspruch. (Weichbildrechte.) Bei der nicht allzu straffen Reichsleitung, der Anarchie der einzelnen Fürsten und Länder, war es den „Stadtrepubliken“ nicht schwer, ihre wirtschaftliche Macht zu entfalten. Die Ausartung des Ritterwesens und Kaufrechts zwang später die

Städte, energische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Es entstanden die Schützgenossenschaften, auch Bruderschaften genannt, deren Mitglieder den Zünften und Gilden angehörten. Die Städte wurden nun mit Wassergräben und Ringmauern umgürtet, um so gegen Angriffe oder Raubüberfälle besser geschützt zu sein. Der Stadtmauerbau war aber nicht ohne erhebliche Kosten auszuführen. Die Mittel hierzu sollten daher alle aufbringen. Befristete wurden zu Handdiensten herangezogen, Begüterte dagegen mußten eine Steuerzahlung auf sich nehmen. Die verschiedenen Steuerarten wollen wir kurz streifen. Zunächst die Mauersteuer. Es war dies eine direkte Umlage auf die Stadtbewohner. Der Mauerzoll bestand aus einem Zuschlag zu dem Wegegeld. Alle Karren, Wagen und Reiter, die ins Innere der Stadt wollten, konnten ohne Zoll nicht passieren. Ganz ähnlich war die Mauerzölle, eine Verkehrsabgabe in der Kammer der Stadt. Sonderbar mutet uns heute das sogenannte Mauererwählrecht an. Von Rats wegen wurde verfügt, daß in jedem Testament eine bestimmte Summe Geldes als Zwangsbeitrag für den Stadtmauerbau ausgeworfen werden mußte. Beim „Mauererwählrecht“ wurde von allen erblichen Gütern bei Todesfällen ein Drittel des Nachlasses dem Unterhaltungsfonds des Mauerbaues überwiesen. Nahm jemand an einem öffentlichen Ort eine gewalttätige Handlung, wie etwa Raub oder Mord, vor, so wurde er zu einer „Mauererwählbuße“ den Umständen nach verurteilt. Gefährdete er dagegen die Ordnung der Stadt, so wurde die Buße erhöht, er wurde zu „Mauersteinlieferungen“ gezwungen. Wie wir sehen, war

Dabei steht heute nach zweijähriger Periode fest, daß diese Verlängerung sich tatsächlich nur als eine Mehrbelastung der Staats- herausgestellt hat, wie das besonders bei den Kreis- und Provinzial- bauämtern für die Straßenwärter zu verzeichnen ist.

Anlässlich der Beratungen über ein großzügiges Arbeits- beschaffungsprogramm wurde von der sozialdemokratischen Stadt- verordnetenfraktion in Halle durch ihren Sprecher, unseren Kollegen, Häflich, unter anderem darauf hingewiesen, daß, wenn man es ernst nähme mit einer weiteren Arbeitsbeschaffung, schon im Rahmen der Etatmittel ohne die vorgesehene 12-Millionen-Anleihe eine größere Anzahl Erwerbslose untergebracht werden könnten. Dazu sei es nur notwendig, in allen Betrieben und Dienststellen die 48-Stunden- wochen wieder einzuführen und die geradezu wahnwitzige Heber- stundenwirtschaft abzuschaffen. Im Arbeitszeitaktkommen für die Gemeindegewerkschaft heißt es nämlich, daß grundsätzlich der Achtstundentag besteht, daß nur in Anbetracht der derzeitigen, also der im Jahre 1924 vorhandenen, wirtschaftlichen Verhältnisse eine Verlängerung auf 54 Wochenstunden bedingt wäre. Heute steht es fest, daß für die Gemeinde ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. Unter dem Druck der Arbeitsmarktlage haben besonders die Gemeinden zu leiden, deren Sozialetat geradezu ins Unermlichste steigen. Es ist deshalb nicht mehr wie recht und billig, den Achtstundentag, vielleicht sogar die 42-Stundenwoche, in allen städtischen Betrieben und Ver- waltungszweigen einzuführen. Das wurde ja auch damals bei der Einführung des Neunstundentages von dem Vorsitzenden der Ver- handlungskommission, Bürgermeister S e n d e l, zugestanden, als er erklärte, bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch eine Änderung der Arbeitszeitverhältnisse vorzunehmen.

In Anbetracht dieser Ausführungen beschloß die Stadtverord- netenversammlung, den Magistrat zu veranlassen, den Achtstundentag sofort in allen städtischen Betrieben und Verwaltungszweigen ein- zuführen. Kaum war dieser Beschluß an die Öffentlichkeit gelangt, da war es der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband, der durch folgendes Schreiben Einspruch gegen diesen Beschluß der Stadtverordneten- versammlung erhob:

„Wir gehalten uns, darauf aufmerksam zu machen, daß die Frage der Arbeitszeit der hiesigen Arbeiter tariflich geregelt ist. Diese tarif- liche Regelung hat durch den Abschluß des R. M. Z. 149. 1926 zwischen den bündeligen Spitzenorganisationen in freier Vereinbarung ihre erneute Ausdehnung bis zum 31. März 1927 erhalten. Der Magistrat Halle als Vertreter des Bezirksverbandes Mitteldeutschland, Mitglied des Tarif- komitees auf Arbeitgeberseite, ist dadurch verpflichtet, die tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit einzuhalten. Ebenso besteht für die Legation der Arbeiterseite dieselbe Verpflichtung. Eine Änderung, welche durch den Abschluß der Stadtverordnetenversammlung erzwungen werden soll, würde also einen Verstoß gegen die tariflichen Vereinbarungen bedeuten, da § 9 Ziffer 1b Abs. 1 eine Ausdehnung der bisherigen Regelung bis 31. März 1927 ausdrücklich festsetzt.“

Abgesehen von dieser tariflichen Bindung besteht für unsere Mitglieds- verwaltungen auch die kapitalistische Pflicht, die ordnungsgemäß er- gangenen Beschlüsse des Spitzenverbandes und seiner Bezirksverbände durchzuführen. Zur Sicherung der Beschlüsse bestehen sowohl bei dem Ersterverband als auch bei den Bezirksverbänden Konventionsstrafen, welchen sich die Mitgliedsverwaltungen bei Verstoß aussetzen.“

auch der mittelalterliche Stadtrat um Steuern nicht vorlegen. Bei den jährlich stattfindenden Kirmessen wurden die Buden und Stände an Rathaus und Kirchen vom Magistrat verpachtet. Die Liebertragung geschah entweder durch Verlosung oder durch Ver- pachtung auf Jahre hinaus gegen halbjährlich fälligen Zins oder fest- gesetzte Wochenpennige; schließlich auch durch Versteigerung auf Lebenszeit.

Bei allen uns einfach anmutenden Verhältnissen kann man doch nicht in Abrede stellen, daß das städtische Leben der damaligen Zeit sich besonderer Vorzüge erfreute, gute Einrichtungen für die bürger- liche Sicherheit, die rechtliche Betreibung gewerblicher oder kauf- männischer Geschäfte der Sorgfalt städtischer Behörden ihre Ent- scheidung verdankten. Damit niemand übervoortet werde, wurde streng auf die Wichtigkeit der Maße und Gewichte gehalten. Bedeuti- gste Warenmässer wurden angefertigt und auf der Ratswage das Gewicht geprüft. Armen- und Krankenpflege lag ganz in den Händen der Kirche. Bei dem Wohlstand mancher Städte flossen die milden Gaben für wohltätige Zwecke ziemlich reichlich. Bei allem Stände- und Rangunterschied folgte man doch gern der Lösung des „Leben und leben lassen“. Straßen und Beleuchtung waren in mancher Orten im besten Zustande. So erzählt z. B. der Chronist, daß bei der Unwissenheit des Kaisers Maximilian in Frankfurt a. M. die Pferde der be- gleitenden Ritter bis zu den Knien im Straßenmorsch stecken blieben. Nur die notwendigste Straßenreinigung wurde ausgeführt, so daß das heutige Sprichwort: „Neder kehrt vor seiner eigenen Tür“ im

Als dieser Beschluß den Stadtverordneten durch den Magistrat bekanntgegeben wurde, verlangte die Stadtverordnetenversammlung, daß allen Stadtverordneten dieses Schreiben schriftlich zugefleht würde, damit diese Angelegenheit als besonderer Punkt auf die Tages- ordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung gesetzt würde. Die Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember hat sich dann eingehend mit diesem Schreiben des Mitteldeutschen Arbeitgeber- verbandes befaßt. Sie beschloß noch einmal daß trotz der Einwände des Arbeitgeberverbandes der Achtstundentag in allen städtischen Be- trieben und Verwaltungszweigen eingeführt werden sollte. Die der- zeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden und die bereits eingeführten Rationalisierungsmaßnahmen mit der weiteren Techni- sierung der Betriebe bedingt geradezu die Verkürzung der Arbeitszeit.

Wenn der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Ge- meinden das sein soll, was er bei seiner Gründung ausgesprochen hat, nämlich die Spitzenorganisation der Gemeinden- und Gemeinde- verbände, die in Erkennung der wirtschaftlichen Verhältnisse den sozialen Ausgleich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herstellen will, dann ist es an der Zeit, daß er sich so schnell wie möglich um- stellt, und sich die Sympathie mit der Betriebswissenschaft vertraut machen, um die kommunalen Verhältnisse von der richtigen Seite aus zu betrachten. S. H.

Pensionssachenangelegenheiten für Wasserbau- arbeiter

Die Reichsbahnarbeiterpensionskasse I (R.P.K.), der neuerdings auch die gefakten unter den R.P.W. fallenden Reichswasserstraßen- arbeiter unterstellt wurden, hielt vor einiger Zeit eine Vorstandssitzung ab, deren Ergebnis auch für unsere Kollegen von Wichtigkeit sein dürfte. Erörtert wurde zunächst das Kinderheilver- fahren, dazu wurden folgende Bestimmungen als Richtlinien getroffen:

a) Kinderheilverfahren.

1. Oberster Grundsatz muß die Auslese sein.
2. Die Bewilligung eines Heilverfahrens wird abhängig gemacht vom Gutachten eines Arztes der Fürsorgestellen.
3. Die Bezirksauschüsse werden ermächtigt, eine begrenzte Anzahl von Kindern auf Kosten der R.P.K. in die drei Kinderheime selbständig zu überweisen nach dem Vorhand ausgestellten Richtlinien. Die Zahl der auf jeden Bezirksauschluß entfallenden Kinder wird vom Vorstand nach einem bestimmten Verteilungsplan festgesetzt.
4. Dem Chelaxit von Lottau wird die Prüfung der vorgelegten Gut- achten und die Auslese für die in Frage kommenden Heime der R.P.K. übertragen. Der Chelaxit erhält zu diesem Zwecke Kenntnis von der jeweils zur Verfügung stehenden Bettenzahl.
5. Die Mitgliedervertreter sollen bei der Auswahl mitwirken und dem Bezirksauschluß besonders dringende Fälle zur Kur vorzulegen.

Der Vorsitzende ist einverstanden, daß die Versicherten- vertreter mitwirken unter der Voraussetzung, daß eine größere Inanspruchnahme der Versicherungsvertreter hierdurch nicht statt- findet. Dem Vorsitzenden der Bezirksauschüsse bleibt die Entscheidung

wahren Sinne des Wortes aufzufassen ist. Eine Hauptursache der Schmutzanhäufung war die Schweinezucht innerhalb der Städte. Diese bewegten sich oft frei auf den Straßen und Plätzen herum. Der Unrat wurde auf den Plätzen und Straßenecken abgeladen. Wunders wir uns daher nicht, daß in den vorbehenden Pestjahren von 1348 bis 1350 der „Schwarze Tod“ so große Ernte hielt und ein Viertel der städtischen Bevölkerung dahintrat. Um das Jahr 1500 war die Größe der nachstehenden Städte etwa folgende: Lübeck 22000 Einwohner, Straßburg und Nürnberg je 20000, Dresden 4000, Leipzig 5000, Köln 40000. Eine Stagnation der Volkszahl war die Regel. Krankheiten, Seuchen aller Art, Unkenntnis in medizi- nischen Dingen, Mangel an hygienischen Schutzmaßnahmen boten von selbst einer etwaigen Hebevölkerung Einhalt.

Mit den grundlegenden Änderungen der aufkommenden Neu- zeit, dem Entstehen der Territorialstaaten mit merkantilistischem Gepräge, der darauffolgenden neuesten Zeit moderner Technik mußten naturgemäß auch die Städte dem gehobenen Rechnung tragen. Es ist daher grundfalsch, wenn man heute von einer Heber- spannung des Machtverhältnisses der Stadtverwaltungen spricht, denn man bedenke doch nur, daß heute das ganze Gebiet der sozialen Wohlfahrt der Stadt anvertraut ist, deren Aufgaben durch Kom- munalisierung, Umstrukturierungen aller Art immer größer werden. Wo hier und da Härten vorkommen, ist es Sache der Stadtpar- lamente, auf gutlichem Wege für einen gerechten Ausgleich Sorge zu tragen.

vorbehalten. Der Vorsitzende wird ermächtigt, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Ueber Heilverfahren für Nichttuberkulose-Franke teilte der Vorsitzende mit, daß trotz des in der letzten Sitzung beschlossenen Verfahrens — Nachprüfung der Anträge durch Dr. Ottenen — die Anträge derartig stark zugenommen haben, daß eine Sperre der Heilverfahren für nichttuberkulöse Krankheiten hat eintreten müssen. Er schlägt die Untersuchung durch Vertrauensärzte vor.

Nach der Aussprache, in der Dr. Ottenen hervorhebt, daß eine Ausübung seiner Tätigkeit bei der Kürze der Zeit auch gar nicht möglich sei, wird man sich dahin schlüssig:

- 1. Heilverfahren für nicht tuberkulöse Kranke werden von den Gutachten besonderer Vertrauensärzte (Körzte für innere Krankheiten) abhängig gemacht.
- 2. Dr. Ottenen bestimmt die Orte, an denen Vertrauensärzte bestellt werden und macht Vorschläge über die geeigneten Persönlichkeiten.
- 3. Die Sperre soll solange anhalten, bis alle Vorbedingungen aufgebraucht sind.
- 4. Den Ärzten sind in einer zugänglichen Zeitschrift bekanntzugeben, welche Stellen (Heim- und Heilstätten) für die betreffenden Kranken in Frage kommen.

Professor Dr. Roepke hielt dann einen Vortrag über die Anwendung der chirurgischen Behandlung von Tuberkulose. Größere Operationen, wie Entfernung von Rippen usw. sollen allerdings nicht in den Heilstätten, sondern von beförderen Chirurgen in Kliniken und Krankenhäusern ausgeführt werden. Grundlegend war der Vorstand damit einverstanden, daß das neue Verfahren auch in den Heilstätten der M.F.R. angewandt wird.

Ueber Verpflegung und Behandlung der Kranken in den Heilstätten der M.F.R. wird nach längerer Aussprache Einmütigkeit darüber erzielt, daß dahin gestrebt werden soll, daß das Mittagessen möglichst abwechslungsreich gestaltet werden muß, daß in Stadtwald, wie von der Kommission vorgeschlagen wird, Butier an Stelle von Rahmelade gegeben wird, in Bernburg Reisbrot wie in den Heilstätten.

- Nach weiterer Aussprache wird dann noch beschlossen, daß
- 1. entsprechend den Ausführungen der Chefsärzte die Liegebetten in bisheriger Weise durchgeführt werden sollen.
- 2. bei Besuchen in bisheriger Weise zu verfahren sei. Es soll dem Tatbestand der Chefsärzte nachzugehen werden, von Fall zu Fall zu prüfen, ob der Besuch zulässig ist.
- 3. Mütter und Kinder nicht gleichzeitig in derselben Anstalt untergebracht werden. Es soll dahin gewirkt werden, daß die Kinder von anderer Stelle einberufen werden.

Von den Chefsärzten werden verschiedene Anfragen hinsichtlich der Freizeitscheine an den Vorsitzenden gerichtet, die wie folgt beantwortet werden:

- 1. Die 250-Kilometer-Grenze gilt nicht für die Arbeiter und ihre Angehörigen in den Fällen der Kurzbehandlung nach einem weiter getragenen Kurort.
- 2. Eigenmächtige Änderungen in den Fahrplänen sind nicht erlaubt. Bei notwendigen Änderungen oder bei Ausstellung neuer Fahrpläne müßte sich die betreffende Anstalt mit dem zuständigen Bahnhof ins Benehmen setzen.
- 3. Die Chefsärzte sollen eine Bescheinigung ausstellen, damit bei Einberufungen die D-Züge benutzt werden können. Es können nur Angehörige und leichte Patienten in Frage, denen nach der Preisfahrplänenbestimmung L-Zugbenutzung im allgemeinen nicht gestattet ist. — Nur die Wasserbauarbeiter gilt das im gleichen Sinne, nur daß sie keine Preisfahrpläne mit D-Zugbenutzung erhalten, sondern das Hahnpfad in gleicher Höhe.
- 4. Den Wasserbauarbeitern wird auf Grund ihres Einberufungsbescheides eine Fahrkarte III. Klasse zu Kosten der M.F.R. I von der nächstgelegenen Fahrplänenausgabe befristet.
- 5. Das Pflegepersonal soll in geeigneter Weise angeboten werden. Beschwerden in sachlicher Weise entgegenzunehmen und gegebenenfalls an die zuständige Stelle weiterzuleiten.
- 6. Der Vorstandsbeschluss über Abgaben der Heime und Heilstätten soll gelegentlich in Erinnerung gebracht werden.

Sinstätlich der Urlaubreisen des Heim- und Heilstättenpersonals wird beschlossen, den Fahrpreis bis zum Höchstbetrage von 25 M. zu erstatten. Die Benutzung der Wagenklassen soll hierbei belanglos sein.

In der Vorstandssitzung wurden dann noch mehrere, das Personal und die Betriebs- und Verwaltungsverhältnisse betreffenden Fragen behandelt, die aber im einzelnen unsere Kollegen weniger interessieren dürften. Wir haben hier nur die wichtigsten Mitteilungen aus dieser Vorstandssitzung herausgegriffen.

Gas, Wasser, Elektrizität

Auch eine „Berichtigung“ der Technischen Nothilfe. Wir hatten in Nummer 44 der „Gewerkschaft“ eine Uebersicht über unsere Landeskonferenz für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerte gebracht, worin u. a. der Satz enthalten war, daß auf der Gas- und Wasserfachmänner-Versammlung in Darmstadt im Jahre 1925 von den dort verammelten Technikern und Wertleitern eine Beteiligung an der Technischen Nothilfe abgelehnt worden sei. Diese Auffassung war insbesondere durch Ausführungen veranlaßt, die auf unserer Konferenz Rheinland-Westfalen in Köln von dem Referenten dargelegt worden waren. Wir bekommen nun ein ausführliches Schreiben vom Vorstand der Technischen Nothilfe, Hauptstelle, in dem uns dieser mitteilt, daß er sich inwieweit unserer Behauptung an den Mittelrheinischen Gas- und Wasserfachmänner Verein um „Aufklärung“ gemandt habe und der seinerzeitige erste Vorsitzende dieses Vereins eine Erklärung abgegeben habe, daß man der Technischen Nothilfe doch zustimme. Immerhin wird in der Erklärung des Mittelrheinischen Gas- und Wasserfachmänner Vereins, „daß die Wertleiter des mittelrheinischen Vereins ganz auf dem Boden dieser Entschliesung (für die T.N.) ständen“, auch gesagt, „daß der Verein als solcher aber eine ähnliche Resolution nicht wohl fassen könne, da einmal die meisten Werke stets im besetzten Gebiete liegen und eine offizielle Entschliesung wegen des Verbotes der Technischen Nothilfe im besetzten Gebiet den Mitgliedern möglicherweise Schmierarbeiten bieten könne und zum andern der Verein auch Körperlichkeiten — Gemeinden — umfasse, für die der Verein Erklärungen abzugeben nicht ohne weiteres befugt sei.“

Es wird dann am Schluß zusammenfassend „festgestellt“, daß die Auffassung des Herrn Raurat Desjoberg über die Stellungnahme des Vereins und die von ihm in seiner Broschüre gemachten Ausführungen wie die in der Presse verbreiteten Wiedergaben unzureichend seien und den wörtlichen Tatsachen nicht entsprechen. Hierzu schreibt uns nun Herr Raurat Desjoberg:

„Am Anschluß an mein Schreiben vom 10. Dezember 1926, betreffend Technische Nothilfe, übersende ich in Anlage Abschrift eines Schreibens des Herrn Stadtbauinspectors Kaupp vom 6. Januar 1927, das sich mit einer Sitzung der Wertleiter im Rhein-Maingebiet befaßt. In dieser Sitzung kam die Frage der Technischen Nothilfe zur Sprache, es kam allgemein zum Ausdruck, daß die Erklärungen mit der Technischen Nothilfe keine günstigen waren und daß von verschiedener Seite geäußert wurde, bei einem Streit die Technische Nothilfe im Anspruch zu nehmen. Die Wertleiter im Rhein-Maingebiet repräsentieren in erster Linie auch die Mitglieder des Mittelrheinischen Gas- und Wasserfachmännervereins. Wenn die Wertleiterversammlung einen solchen Standpunkt gegenüber der Technischen Nothilfe eingenommen hat, so steht dieser Standpunkt im trassen Widerspruch mit dem, was Herr Dr. Viese Ludwigshafen sich erlaubt hat an die Hauptstelle der Technischen Nothilfe zu schreiben. Ich habe mich auch mit Herrn Direktor Ehler, Wehlar, in Verbindung gesetzt und erklärte er mir, daß er auf der Mittelrheinischen Gas- und Wasserfachmännerversammlung in Darmstadt seine ungünstigen Erklärungen mit der Technischen Nothilfe ebenfalls geäußert habe. Ich stelle damit fest, daß Herr Dr. Viese mit seiner Behauptung, es hätte sich keine einzige Stimme gegen die Technische Nothilfe erhoben, im Unrecht ist. Zur Vollständigkeit teile ich Ihnen dieses mit und bemerke, daß auch die heute die Technische Nothilfe noch nicht an mich herangeraten ist. Mit freundlichem Gruß! Desjoberg.“

Das Schreiben des Herrn Stadtbauinspectors Kaupp lautet: „Petition: Technische Nothilfe. Auf Wunsch bestätige ich Ihnen, daß in einer Wertleiterversammlung, die, soweit ich mich erinnere, im Herbst vergangenen Jahres im Hause der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Gas- u. e. in Frankfurt a. M. stattfand, die Frage der Technischen Nothilfe zur Sprache kam. Verschiedene Herren berichteten über ihre Erfahrungen mit der Technischen Nothilfe, darunter auch der Vorsitzende, Herr Dr. Ehler, Direktor Ehler, Wehlar. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die gemachten Erklärungen keine günstigen waren und daß von verschiedenen Herren direkt davor geäußert wurde, bei einem Streit die Technische Nothilfe im Anspruch zu nehmen. gez. Kaupp, Stadtbauinspect.“

Wenn man die Schreibenaufwendungen der Hauptstelle der Technischen Nothilfe mit der recht mageren „Berichtigung“ vergleicht, so ist uns nicht recht verstandlich, warum wir damit beglückt worden sind. Die mehr interne Angelegenheit beweist höchstens, daß es auch im Verein der Gas- und Wasserfachmänner Techniker und Wertleiter gibt, die es nicht wagen, wider den Stadtdr. T. N. zu lokat. Aber somit ist doch die Erklärung der T. N. ziemlich gewunden, und staun damit zu machen hat die Hauptstelle der T. N. wahrlich keine Veranlassung. Die Erklärung wird aber durch die obigen Schreiben der Herren Desjoberg und Kaupp noch weiter völlig entwertet. Für uns bleibt bestehen, daß unsere Organisation auf allen Verbandsorganen, wie die gesamte Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gegen die T. N. stehen. Da kann es letzten Endes nicht von entscheidender Bedeutung sein, wenn einige Leute, die sich anscheinend in verdammt abhängiger Stellung befinden, solche Erklärungen abgeben. Für uns ist jedenfalls die Sache damit erledigt. Die Redaktion.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Scheldemanns Anklage gegen die Reichswehr — Sturz der Regierung Marx. Der immer größer werdende Reichswehrskandal und die Frage der Regierungsumbildung, die besonders durch die Antisozialistenrede des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, in Insterburg akut geworden war, führten am 16. und 17. Dezember zu stürmischen Auseinandersetzungen im Reichstage. Aus der Anklagerede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann geben wir folgenden Auszug wieder:

Unsere Behauptung, daß die Reichswehr sich mehr und mehr zum Staat im Staate entwickelt, der seinen eigenen Gesetzen folgt, seine eigene Politik treibt, will ich Ihnen durch einige Tatsachen beweisen. Voraussetzungen möchte ich folgendes. Was wir heute hier besprechen, das ist keine Ueberrückung für das Ausland. Die Dinge liegen so, daß alle Länder der Welt genau wissen, was bei uns vorgeht. Es ist eine Tatsache, daß das Volk, das am schlechtesten über die Dinge in der Reichswehr informiert ist, das deutsche Volk ist. Meine Aufgabe bewegt sich nach drei Richtungen hin:

- 1. Die Finanzierung gewisser Dinge bei der Reichswehr; 2. die Beziehungen der Reichswehr zu bestimmten nationalistischen Verbänden; 3. die Unternehmungen der Reichswehr, die die Außenpolitik aufs schwerste gefährden müssen.

Bei der Finanzierung handelt es sich um ein Heibengeld. Die Frage ist, wie war diese Finanzierung überhaupt möglich, wo kommt das Geld her. Aus dem Etat läßt sich das nicht erklären. Der Etat der Reichswehr ist außerordentlich undurchsichtig und meine Parteifreunde werden bei der nächsten Etatberatung darauf dringen, daß vor allem der Reichswehretat ganz gründlich geprüft und so gestaltet wird, daß von irgend welchen Verbindungen, die nicht im Etat vorgegeben sind, keine Rede sein kann. Nach einer und zugegangenen Zeitschrift der Firma Junfers hat im Reichswehrministerium eine besondere Abteilung unter der Bezeichnung S. O. bestanden. Die Leiter waren zum Teil hohe aktive Offiziere, zum Teil aus Dienstvertrag angeheilt. Diese Sondergruppe hat auch in Moskau mitgewirkt bei den Junfers-Verträgen. Von dieser Sondergruppe ist seit 1921 eine Summe von Geld eingezahlt worden, die sich jährlich auf etwa 70 Millionen Goldmark beläuft. Bei einer Berliner Großbank besteht ein Konto, auf das Ministerialratmann Spangenberg aus dem Reichswehrministerium Einzahlungen leitet und Gelder abbekt. In etwa vierzig Tagen hat Spangenberg Beträge von ungefähr 2 1/2 Millionen Goldmark eingezahlt. Nach weiteren Ermittlungen steht Spangenberg in naher Verbindung mit der Gesellschaft für technische Unternehmungen der „Gefu“, die sich jetzt Wirtschaftsförderung oder „Wifo“ nennt. Die Geschäftsführer sind ein Herr Fritz v. Schumbu in Solingen, ein Herr Richter und ein Dr. jur. Otto zur Leien, der sich ständig im Ausland, namentlich in England, aufhält. Durch Spangenberg wurden einige tausend Mark an die „Gefu“-Kasse eingezahlt, wodurch bewiesen ist, daß eine unmittelbare Verbindung zwischen Reichswehrministerium und der „Gefu“ besteht. Die Aufgabe der „Gefu“ besteht in der Einrichtung einer Rüstungsindustrie im Ausland, besonders in England. Bei den Verhandlungen mit der Firma Junfers am 14. März 1922 übernahm General Gasse die Verbindung. Die Unterzeichnung der Verträge erfolgte mit falschem Namen. Ebenso reisten die Offiziere mit falschen Pässen nach und von England. (Große Erregung rechts und bei den Bolschewiki, man vernimmt Rufe von rechts: „Landsverräter, Dummkopf!“) Die Außenpolitik Stresemanns wird durchkreuzt. Das deutsche Volk will aber davon nichts wissen. Verträge, die Deutschland eingegangen ist, will es nicht halten. (Neue große Erregung auf der Rechten.) Der Redner teilt dann kurz sein Material über die Verbindung der Reichswehr mit deutschen Großindustriellen und Geldblämmungen bei diesen für Ausbildung von nicht etatsmäßigen Truppen mit. Er bezieht sich dabei insbesondere auf den Vertrag, den Oberst Koch in Breslau gehalten hat. — Die Zusammenhänge der Reichswehr mit rechtsradikalen Verbänden werden durch die Rede des Generals v. Hülshoff-Pollock im Dezember 1921 bewiesen. Der General sagte:

„Unser Volk muß wieder wehrhaft gemacht werden. Das Rückgrat der alten Armee waren die Regimentskommandeure. Diese haben wir leider nicht mehr. Deshalb muß etwas Technisches geschaffen werden, und zwar nicht im Nebenamt, sondern durch hauptamtliche Kräfte. Dazu ist Geld erforderlich.“

Der General betonte, daß er mit seinen Plänen in Pommern großes Entgegenkommen finde. Ohne die Reichswehr sei seine Politik zu machen, sondern nur mit ihr! Er hoffe, daß der Krieg in Zukunft wieder aus den Reichen kommen werde, aus denen er früher gekommen sei — Hier haben Sie in der Aufschale alles, was darüber zu sagen ist. Als Regimentskommandeure fungierten ehemalige Offiziere, die auf Dienstvertrag fest angestellt sind; die Ausbildung für die Reichswehr erfolgt durch sogenannte Privatlehrer. Die „Ausstellung Aufwach!“ hat vor einigen Wochen nachgewiesen, daß in zwei sächsischen Regierungsbezirken mehr als 10 solcher Reichsoffiziere angestellt sind. In Pommern ist ein ähnliches System ausgedehnt in dreißig verschiedenen Orten, die bis zu 36 Reichsoffiziere zählen. In Steiermark kommen noch einige für besondere Dienste hinzu. Diese Offiziere schickten ihre Leute bald hierhin, bald dorthin, sie halten die Verbindung zwischen der Reichswehr und den rechtsradikalen Verbänden aufrecht, sie leiten die Exzesse unter Veranschlagung von Versorgungsanwärtern der Reichswehr und von aktiven Unteroffizieren. Zur Verbindung mit der Reichswehr gibt es besondere Vertrauensleute. Alle

Bücher, Zeitungen und Zeitschriften sowie die Lehrer bei den Seereschulen müssen unter allen Umständen rechtsradikal eingestellt sein. Nach diesem System wird auch die Auswahl der Kreisoffiziere vorgenommen. — In Kiel verzieht ein Offizier seinen Dienst in der Reichswehruniform, der wegen Beteiligung an dem Aufrührer Futsch zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. In Kiel fungiert ein Mittmeister a. D., der der „Organisation Consul“ angehört, die dann in den von Preußen verbetenem „Bismarckbund“ übergegangen ist. Die Marinestation der Kaiser ließ durch einen Stewettenkapitän mit dem Führer der „Organisation Consul“ wegen gemeinsamen Vorgehens bei etwaigen Putzenden verhandeln. Es wurde vereinbart: „Die Marine gibt für diese Dinge Waffen; sie hält Waffen und Munition bereit für den bestimmten Tag; die Marine gibt Geld für die Finanzierung der CC.“ Die Marine ging auf diese Bedingungen ein. Der Aufmarsch der Rechtsverbände sollte in Ost-Schleswig Holstein stattfinden. Die Finanzierung erfolgte in Dänemark. Die Kronen kamen aus dem Verkauf nautischer Instrumente ans Ausland. Im Jahre 1923 war alles zum Vorkommen bereitgestellt. Die Rechtsverbände sollten sich in Kiel konzentrieren, die Marine war bereit, ihre Truppen der CC zu unterstellen. Nach dem Zusammenbruch dieses Unternehmens blieb sein Leiter, Mittmeister a. D. Lieber, Leiter der CC, und organisierte im Einvernehmen mit der Marineleitung, von der er nach wie vor finanziell unterstützt wurde, die däneländischen Verbände. Am 1. Mai 1926 wurde er von Oberleutnant a. D. Klinisch, der als Instrukteur der Dänischen Putzorganisation tätig gewesen war, abgelöst. Auch dieser wird von der Marineleitung unterstützt. Nachdem der Hitlerputsch niedergeschlagen war, richtete sich die Wut gegen Seefeld. Nach der eigenen Aussage eines Mannes, der als Oberleutnant v. Bergen vorgestellt worden war, in Wirklichkeit aber Günther hieß, bekam dieser und ein gewisser Prühl den Auftrag, mit einer sogenannten Gombomben General Seefeld zu besitzigen. Sie wissen, daß dieses Attentat erstensüberwiegend nicht zur Ausführung gekommen ist, aber Sie wissen wahrscheinlich nicht, daß dieser Günther bis auf den heutigen Tag von der Marinestation Kiel unterstützt wird. — Von den Rechtsverbänden kommen neuerdings in der Hauptsache in Betracht: der „Bund für Freiheit und Recht“, der sich zeitweilig auch „Jägerbataillon“ und „Freischär“ nennt, außerdem die sogenannten Kleinfahrer-Schützenorganisationen. Diese Verbände stehen in enger Verbindung mit der Reichswehr. In beiden Organisationen muß ein Eid geleistet werden. Dabei werden die Leute in den Glauben verlehrt, daß sie den Eid der Reichswehr leisten, die in all diesen Dingen eingeweiht ist. Der Eid lautet mit den Worten: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Den Leuten wird gesagt: Jedes Ausplaudern irgendwelcher Vorgänge bei der Organisation ist Landesverrat und wird entsprechend bestraft. Außerdem sind die Leute bei der CC angemeldet, d. h. bei einer Vorkorganisation, eine Gemeinrichtung. Es wird ihnen gesagt, daß sie bei einem Verrat um die Ecke gebracht würden. — In Helsen-Rassau ist das Kleinfahrer-Schützenwesen stark entwickelt, und diese Leute arbeiten mit ausführlichen Stammbögen und Karteien. Die Leute werden mit Namen genannt, sie sind zum Teil in Warburg, zum Teil in Kassel anässig. Minister Seering hat einen scharfen Einlass gegen die Organisation herausgegeben, leider scheint er nicht viel genutzt zu haben. Seit dem Frühjahr 1926 ist eine neue Taktik eingeschlagen worden. Die Leute werden nicht mehr zu Übungen bei der Reichswehr eingezogen, sondern man nimmt umgekehrt aus der Reichswehr Unteroffiziere und läßt sie in die Verbände, damit sie dort arbeiten. Es ist fast nicht zu glauben, in welcher Weise sich bereits die Reichswehr und die Marine unter das Joch dieser Verbände gekniet haben. Der Mittmeister a. D. Winterhammer, Leiter der Kleinfahrer-Schützenverbände, machte einen Reichswehrmann, wahrscheinlich war das in Konstanz, auf schlechtestes Verhalten seiner Ehrenfunktion aufmerksam. Darauf wurde dieser Reichswehrleutnant innerhalb weniger Tage nach Kolberg verlegt. — So fasse zusammen: Es gibt illegale Gelder, illegale Unternehmungen, Verbindungen der Reichswehr mit rechtsradikalen Verbänden, Anstellung früherer Offiziere im Zivildienstvertrag, Reichswehrsoffiziere, die als Privatlehrer tätig sind.

Aus Steintin werden uns von abioht unverlässiger Seite Mitteilungen gemacht, wonach die Transporte der russischen Munition auf mehreren Schiffen erfolgt sind, die Ende September und Anfang Oktober aus Peninsarad angekommen sind. Sie geborten der Steintiner Dampferkompanie. Sie hießen „Göthenburg“, „Hastenburg“ und „Göteborg“. Ein vierter Schiff, dessen Namen ich nicht kenne, ist unterwegs. Die Schiffe wurden bei Steintin geladelt und dann die Voluna in Eisenbahnwagen verladen. Die beteiligte Firma verpflichtete ihre Arbeitseute zur Verschwiegenheit. Der Vertrag mit der Firma wurde im Februar 1923 getauat, während der Junfers-Vertrag bereits im März 1922 abgeschlossen worden ist. Von 1923 bis 1926 bestand dann die „Gefu“, die die Aufgabe hatte, in Ausland Einrichtungen zur Verhüllung und Füllung von Gasgranaten zu schaffen, woran eine bekannte Hamburger chemische Fabrik beteiligt wurde. — Die Republik braucht eine bewaffnete Macht, auf die sie sich unter allen Umständen verlassen kann. Wir können unmöglich zulassen, daß die der Erreichung des Zieles einer wirklich demokratisch-republikanischen Reichswehr entgegenstehen, das wäre ein Verbrechen am deutschen Volk. Darum brauchen wir eine Reform der Reichswehr. Wir wollen eine Reichswehr, die nicht nur mit einem Teile des Volkes fraternisiert, gerade mit jenem Teil, der sich mit den neuen Verhältnissen noch nicht abgefunden hat, wir wollen eine Reichswehr, auf die das ganze Volk mit Vertrauen blicken kann. Wir glauben Ihnen den Weg zeigen zu können, auf dem wir eine zuverlässigere Reichswehr bekommen können, und wir haben uns mit der Regierung schon vor einigen Tagen in Verbindung gesetzt, indem

wir bestimmte Forderungen aufstellten, von denen wir überzeugt sind, daß ihre sofortige Durchführung möglich ist und ein guter Anfang wäre, um die Reichswehr zu dem zu machen, was sie sein sollte. — Wir verlangen erstens: Triftige Durchführung des Verbotes jeder Verbindung von Reichswehr und Marine mit rechtsadvisalen Verbänden; Entlassung der Offiziere, die dieses Verbot überschreiten. Zweitens: Das Verbot der Annahme jeglicher Spenden aus Privatfreisen. Alle der Reichswehr zur Verfügung stehenden Gelder müssen etatisiert sein. Wir verlangen ferner einen Einzelnachweis der pensionierten Offiziere und der sonstigen Offiziere, die auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr und Marine angestellt sind, nach Namen, Standort und Art ihrer Beschäftigung und gründliche Aufklärung über die Höhe ihrer Entschädigungen. Drittens verlangen wir eine Kontrolle über den künftigen Vereseseis durch Zivilkommissare unter Beteiligung der unteren Verwaltungsbehörden.

Wir verlangen bindende Garantien, daß das geheime Räten aufhöre. Zu Anfang wünschen wir ein gutes Verhältnis, aber es muß ehrlich und sauber sein. Es ist kein ehrliches und sauberes Verhältnis, wenn Ausland die Weltrevolution predigt und zugleich die deutsche Reichswehr bewaffnet. Die Reichswehr soll zu einem Instrument der Weltrevolution gemacht werden, andererseits soll sie kommunistische Aufstände niederschlagen. Es ist kein ehrliches und sauberes Verhältnis, wenn man gleichzeitig mit den Kommunisten und Offizieren der Reichswehr Freundschaft ausstiftet. Wer das tut, ist verdächtig, daß er mindestens einen von beiden betriegt. — Wir wünschen nach wie vor die Neubildung der Regierung. Den verfassungsmäßigen Weg, die Neubildung zu verlangen, zeigt der gesetzgebungsunfähig vorgeschriebene Antrag: Man entzieht dem Kabinett das Vertrauen. Wir werden diesen Antrag stellen und hoffen, daß er Annahme finden wird. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.

Die Rede Scheidemanns machte unangenehme Eindrücke. Leider fand sie nirgends Unterstützung. Alle nachfolgenden Redner von der Regierung sowohl wie von den Parteien der Oppositionellen — mit Ausnahme der SPD. natürlich — bis zu den Kommunisten verurteilten sie. Die Bürgerlichen, darunter auch Wirth vom Zentrum und Haas von den Demokraten, anaeblich aus außenpolitischen Gründen. — Am zweiten Verhandlungstage unterstützte Abg. Hermann Müller (SPD.) sehr eindrucksvoll die Ausführungen Scheidemanns. Insbesondere bearbeitete er den von den Sozialdemokraten gestellten Misstrauensantrag gegen die Gesamtregierung. Dieser wurde in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 171 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Böhmischn. Die Regierung trat nun zurück und führt bis zur Neubildung des Kabinetts die Geschäfte weiter. Welches Aussehen die neue Regierung haben wird, ist noch nicht zu übersehen. Ausgeschlossen sollte aber sein, daß nach diesem Skandal der Wehrminister Gehlert, aber auch der Schundgeheimminister Rütz auf ihre Posten zurückkehren. Daß auch ein Wechsel im Reichsarbeitsministerium notwendig ist, liegt im dringenden Interesse der Gewerkschaften und Arbeiter, nachdem sich dieses Amt unter Dr. Brauns immer mehr nach der Unternehmerseite hin orientiert hat. Der Reichstag ist bis zum 19. Januar vertagt. Bis zu seinem Wiederzusammentritt dürfte die Situation schon einigermaßen geklärt sein.

• Aus der Spruchpraxis •

Beim Zusammentreffen von dienstplanmäßiger Nacharbeit und dienstplanmäßiger Sonntagsarbeit ist sowohl der Zuschlag von 10 Prozent (Nacharbeit) als auch der Zuschlag von 33 1/2 Prozent (Sonntagsarbeit) zu leisten. — Zu § 7 Ziffer 1 und 2 RMZ. Gemeindearbeiter. (Entscheidung der Bezirkschiedsstelle Bageru vom 10. November 1926.)

Gründe: Zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Nürnberg, und der Stadtgemeinde Nürnberg besteht Streit darüber, ob bei dem Zusammentreffen von dienstplanmäßiger Nacharbeit mit dienstplanmäßiger Sonntagsarbeit nur ein Zuschlag, und zwar der höhere geleistet werden soll, wie der Stadtrat Nürnberg behauptet, oder ob sowohl der 33 1/2-prozentige Zuschlag für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit und außerdem auch noch der 10-prozentige Zuschlag für Nacharbeit geleistet werden soll. Die Bezirkschiedsstelle hat sich für den Standpunkt der Arbeitnehmer als den richtigen entschieden. Der Wortlaut des § 7 Ziff. 1 und Ziff. 2 des RMZ. bietet nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Annahme, daß die Leistungen der beiden Ziffern nicht nebeneinander bestehen könnten, sondern sich gegenseitig ausschließen, oder daß etwa die höhere Leistung die niedere Leistung absorbieren. Die erläuterte Ausgabe des RMZ. erörtert diese Frage vollständig zureichend, indem sie ausführt: „Wird ein solcher Zuschlag unalkoholisch vereinbart, so ist die Vermeidung von Streitigkeiten in der Vereinbarung klarzustellen, daß beim Zusammentreffen von dienstplanmäßiger Nacht- und Sonntagsarbeit nur ein Zuschlag, und zwar der höhere zu geben ist. Eine solche Klarstellung liegt aber im vorliegenden Falle nicht vor. Also ist es bei dem klaren Wortlaut des § 7 RMZ. zu behaupten, die beiden Zeilen des RMZ. werden nebeneinander geltend. Der Zuschlag für Nacharbeit hat nach den Umständen einer Aufwärtsentscheidung. Auch daraus könnten keine Folgerungen gezogen werden, daß in der Jahre 1926 bereits eine entsprechende Forderung geleistet wurde. Denn diese Forderung betrug 50 Prozent und gab bei ihrer immerhin reichlichen Bemessung den Arbeitnehmern keinen Anlaß zu irgendwelchen Beschwerden. Gilt als die 50 Proz. auf

33 1/2 Prozent herabgesetzt wurden, wurde der tarifmäßige Anspruch auf die getrennten beiden Leistungen wieder aufgegriffen. Die Lasten, daß auch nach Reduzierung der 50 Proz. auf 33 1/2 Proz. die 33 1/2 Proz. allein noch mehrere Monate weiterbezahlt wurden, schließt die Geltendmachung des tarifrechtlichen Anspruches nicht aus.“

Gemeindearbeiter haben nach mindestens einjähriger Beschäftigung auch dann Anspruch auf Urlaub, wenn das erste Dienstjahr nach dem 30. September vollendet wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß der Urlaub zeitlich noch im laufenden Urlaubsjahr (d. h. bis 31. Dezember) gewährt werden kann. — (Entscheidung des Zentralausschusses vom 8. November 1926.) Nr. 21 der „Gewerkschaft“ vom 21. Mai 1926 brachte eine Entscheidung der Bezirkschiedsstelle Rhein-Rain vom 7. Januar 1926, die fast den gleichen Wortlaut enthält wie oben angeführt. Gegen diese Entscheidung wurde vom Bezirksarbeitsgeberverband keine Berufung beim Zentralausschuß eingelegt, vielmehr die Mitgliederberatungen auf die Beachtung der Entscheidung hingewiesen. — In einem anderen Bezirk entstand über die gleiche Frage — Auslegung der Bestimmung des § 12 Ziff. 1 und 3 RMZ. der Gemeindearbeiter — Streit. Die Bezirkschiedsstelle entschied zugunsten unserer Kollegen. Der Zentralausschuß machte sich jedoch die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle Rhein-Rain zu eigen. Er entschied in seiner Sitzung vom 8. November 1926 wie oben angegeben. Damit ist auch diese Frage zugunsten unserer Kollegen durch die Zentralchiedsstelle entschieden.

• Beamte •

Wie der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens e. V. die Beamteninteressen vertritt. Der Komba hat unter dem 13. Dezember 1926 an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Berlin ein Rundschreiben wegen einer Weihnachtsbeihilfe für die Beamten und Angestellten gerichtet, in welchem nach einer längeren Begründung von den Parteien verlangt wird, daß sie einen gemeinsamen Initiativantrag beschließen sollen, der dahin geht: daß den Beamten und Festangestellten derjenige Betrag als Mindestbetrag für die Weihnachtsbeihilfe gewährt wird, der den städtischen Arbeitern zuerkannt wird. Würde insbesondere den linksstehenden Parteien im Stadtparlament ebensowenig an einer möglichst günstigen Weihnachtsbeihilfe für die Beamten und Angestellten gelegen gewesen sein wie dem Komba, wäre also dieser Antrag zur Annahme gelangt, dann würde das bedeuten haben, daß die Beamten ganz wesentlich schlechter abgesehen hätten, als das jetzt der Fall ist. Der Komba hat für die Beamten und Angestellten weniger beantragt, als der Magistrat der Stadt Berlin ohnedies bereit war, zu geben. Die städtischen Arbeiter erhalten, entsprechend der Regelung für die Reichs- und Staatsarbeiter, einen Wochenlohn als einmalige Beihilfe. Der Wochenlohn einer ungelerten Arbeiterin über 21 Jahre beträgt rund 22 Mk., der Höchstlohn eines städtischen Arbeiters, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, beträgt rund 50 Mk. Die Weihnachtsbeihilfe der städtischen Arbeiter bewegt sich also zwischen 22 Mk. und 50 Mk. Vereicht man damit die an sich völlig unzulänglichen Beträge (siehe „Gem.“ Nr. 51), die den Beamten und Angestellten gezahlt werden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Komba auf dem besten Wege war, den Beamten und Angestellten einen Barendienst zu erweisen. Solche ganz unverzeihlichen Fehler können nur solchen Verbänden passieren, die mit den Arbeitern keinerlei Fühlung haben. Es ist wieder einmal der Beweis dafür erbracht, daß die enge Anlehnung bei der Vertretung der Interessen aller Arbeitnehmer unbedingt notwendig ist. En.

• Candidatßenwärter •

Groß Ottersleben. In der Straßenwärter-Versammlung der Filialen Groß Ottersleben und Ebendorf am 11. Dezember in Magdeburg gab Kollege Wachtendorf Bericht über die letzte Löhnerhandlung. Leider war es der Gangleitung und Tarifkommission nicht möglich, im Verhandlungswege trotz der Not unter den Straßenwärttern eine Löhnerhöhung beim Arbeitgeberverband durchzusetzen. Auch die mitteldeutsche Schiedsstelle, welche zur Entscheidung herangezogen wurde, lehnte gegen die Stimmen der Arbeitnehmer eine Löhnerhöhung ab, so daß das Verfahren noch heute schwebt. Wachtendorf forderte von allen Anwesenden rege Agitation für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Kollege Hermer berichtete dann über die Straßenwärtterkonferenz in Braunschweig und forderte die Kollegen auf, wo sich Gelegenheit bietet, derartige Vorträge anzuhören, oder die Autoverleumdung in Braunschweig sowie den dort vorgeschrittenen Straßenwärttern zu beistehen. An der Ansprache beteiligten sich die Kollegen Bammeel, Bauant Banjelen, Reckler, Bauant Halberstadt, und Baumeister Henschel, Kolmstedt. Letzterer empfahl den Wärttern auch zu versuchen, sich in jeder Beziehung praktisch auszuweisen, dann würde auch die Tätigkeit der Wärtter von manchen Seiten ganz anders bewertet werden. Hierauf gab Hermer den Vorstandsbericht der Filiale Groß Ottersleben. Die Mitgliederzahl hält sich auf gleicher Höhe. Der Vorkostenbeitrag ist auf 200 Mk. gestiegen. Im Laufe des Jahres sind drei ...

storden. Den Kollegen Albert Poppe und Oskar Herbst in Groß-Ottersleben wurde vom Hauptvorstande je ein Diplom für ihre 25-jährige Mitgliedschaft überreicht. Die Vorstandswahl beider Filialen ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstände. Die Betriebsräte wurden beauftragt, bei den Bauämtern die Beschaffung von Gummistiefeln zu Bahnarbeitern zu beantragen. Weiter wurde der Beschluss gefasst, für beide Filialen gemeinsam im Januar 1927 ein Veranlassung in Magdeburg zu veranstalten. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuss, bestehend aus den Kollegen Hermer, Rechter und Bammel, gewählt. Zum Schluss sprach dann noch der frühere Amts- und Gemeindevorsteher Jakob, Langenweddingen, über die Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation und Pläne der Gesellschaft unter den Straßenwärtern. Auch das soeben beschlossene Veranlassung soll in erster Linie die Kollegialität fördern. Als Tagungsort für die Versammlung im März wurde Gelnhausen gewählt. Nach Schluss der Versammlung fand ein Rundgang durch das Kaiser-Friedrich-Museum statt.

Grünberg i. Schl. In der Versammlung der Kreisstraßenwärters am 12. Dezember referierte Kollege Bisczel, Breslau. Er machte die Erschienenen mit dem Reichsmantelarif bekannt und sprach über Ziele und Pflichten des Verbandes. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Wärters; es wurde festgestellt, daß der Kreis seinen Verpflichtungen den Wärters gegenüber nicht nachkommt. Unsere Sache soll es sein, den Kollegen zu helfen, damit die Wärters den Reichsmantelarif restlos erhalten. Nachdem Kollege Kühnast eine Resolution verlesen hatte, meldeten sich sämtliche anmeldenden Straßenwärters zum Eintritt in den Verband. Anerkannt muß werden, daß Straßenwärters selbst von Polens Grenze trotz schlechter Verkehrsverhältnisse in die Versammlung kamen. Möge der gute Organisationsgeist, der die Straßenwärters befeuert, sich festigen, so daß diese dem Verband die Treue bewahren, und die Organisation noch weiter ausgebaut und befestigt werden kann. Dann werden die Kollegen allen über sie hereinbrechenden Stürmen gewachsen sein.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Kassel. Am 10. Dezember 1926 wurde eine Lohnbewegung für den Heften-Kassauischen Bezirk zu Ende geführt, die auch für die Kollegen der Stadt Kassel ihre Auswirkungen zeitigt. Die Bezirksleitung Frankfurt a. M. hatte beim Heften-Kassauischen Arbeitgeberverband eine Lohnerhöhung von 5 Pf. vom 1. Oktober 1926 ab gefordert und diese Forderung im Laufe des November um weitere 3 Pf. auf 8 Pf. erhöht. Mehrfach wurden angelegte Verhandlungen vertagt. Am 10. November 1926 endlich fand die entscheidende Verhandlung in Warburg statt mit dem Resultat, daß sich die Löhne in den jeweiligen Teuerungsklassen des Gebietes Heften-Kassau um 2, 3 und 4 Pf. erhöhen derart, daß die Orte mit den sogenannten Großstadtzulagen 4 Pf., die Orte, die die erste und zweite Teuerungszulage erhalten, 3 Pf., und die Orte ohne Teuerungszulage 2 Pf. Zulage erhalten. Unter den Orten, die hiernach 4 Pf. Lohnzulage erhalten, befindet sich auch Kassel. Die Löhne für die städtischen Arbeiter in Kassel stellen sich mit dieser Erhöhung ab 1. November 1926 wie nachfolgende Lohn tabelle zeigt:

Lebensalter vom vollendeten Lebensjahr	Gelehrte Arbeiter Pf.	Angelernte Arbeiter Pf.	Ungelernte Arbeiter Pf.	Werbetinnen Pf.
14.	—	25	23	19
15.	—	34	27	21
16.	—	43	37	26
17.	63	54	49	36
18.	74	65	60	44
19.	78	70	66	49
20.	84	76	71	51
21.	85	77	72	51
22.	86	78	73	52
23.	86	78	73	52
24.	87	79	74	53

Hausbands- und Kinderzulage beträgt je 3 Pf. die Stunde. Vorkostenzulage 4 Pf., Nachschichtzulage 10 Proz. des Stundenlohnes. Das Abkommen läuft bis zum 31. März 1927, jedoch mit dem Vorbehalt, daß bei Veränderung der Lebensunterhaltungskosten neue Forderungen auch in dieser Zeit gestellt werden können. Es ist somit eine Beweunung zu Ende geführt worden, die als voller Erfolg um so mehr anzusehen werden kann, als die Beweunung durch freie Vereinbarung abgeschlossen werden konnte. Die Kollegen und Kolleginnen können erneut aus dieser Beweunung den Schluß ziehen, daß nur durch eine einheitliche, stark geschlossene Organisation es möglich ist, ihre Lebenslage zu verbessern.

Euskirchen. In der gut besuchten Versammlung der Gemeindearbeiter am Freitag, den 10. Dezember, sprach Kollege Kieß

Loe (Köln) über „30 Jahre Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“. Unter Verschiedenes berichtete Kollege B. über die letzte Krankentassenausführung. Hier ist bemerkenswert, daß vom 1. Januar 1927 ab die Beiträge auf 4 1/2 Prozent herab- und die Leistungen in der Familienhilfe auf 75 Prozent heraufgesetzt werden. Ferner forderten die Kollegen, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen dahin gewirkt werden soll, die Nacharbeiterzulage wieder einzuführen.

Kassel. Nachdem für die städtischen Arbeiter vor Monaten eine Bewegung zwecks Nachzahlung der in der Inflationszeit 1923 durch verpasste Zahlung entwerteten Lohngehälter mit Erfolg durchgeführt werden konnte, ist eine gleiche Bewegung für die Friedhofsarbeiter mit demselben Resultat beendet worden. Der Friedhof in Kassel ist kein städtischer Betrieb, sondern untersteht der Kirchengewalt. Als ständige Arbeiter sind dort 11 Kollegen beschäftigt, die seit Jahren unserer Organisation angehören. Die Lohnzahlungen während der Inflationszeit 1923 wurden in diesem Betriebe recht unregelmäßig und unpünktlich vorgenommen, so daß das an sich schon wertlose Geld bei der Auszahlung kaum anderen als Papierwert hatte. Unsere Filiale hat nach Beendigung der Bewegung für die städtischen Arbeiter eine Nachzahlung der in der Inflationszeit wertlos gewordenen Lohngehälter für die Arbeiter bei der Friedhofsverwaltung beantragt. In den letzten Novembertagen kamen die 11 Kollegen in den Genuß der Nachzahlung. Diese betrug für die 11 Kollegen netto 700 Mk. Die Arbeiter der öffentlichen Betriebe mögen aus dieser Bewegung den Schluß ziehen, daß eine wirksame Interessensvertretung nur im Rahmen einer geschlossenen Organisation gegeben ist.

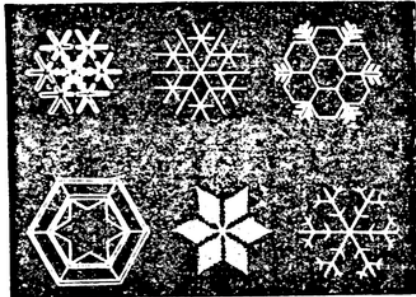
♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Hermann Käßler †. Am 16. Dezember starb Hermann Käßler im Alter von 63 Jahren. Schon längere Zeit war er herzkrank, aber schon hatte er Anfälle, die ihm das Bewußtsein vorübergehend nahmen; an Herzlähmung ist er nun verstorben. Hermann Käßler war in Partei- und Gewerkschaftskreisen nicht unbekannt. Er war am 26. Oktober 1863 in Großenhain geboren, genoss die übliche Volksschulbildung, erlernte das Mühlhandwerk und wurde einer der Gründer des Mühlenerbeiterverbandes. Seit 1889 dessen Mitglied, wurde er 1891 als Redakteur der Fachzeitung seines Verbandes und 1894 als Verbandsvorsitzender angestellt. Bei der Verschmelzung des Verbandes mit dem Brauereiarbeiterverband im Jahre 1910 wurde er 2. Vorsitzender des Brauerei- und Mühlenerbeiterverbandes. Wie in der Gewerkschaft war Hermann Käßler auch politisch tätig. Lange Jahre war er Vorsitzender der Altenburger Landesorganisation der SPD. und Redakteur des „Wähler“. Dem Altenburger Landtag gehörte er 15 Jahre lang als Abgeordneter an und in den Jahren von 1912 bis 1924 war er Mitglied des Reichstags. Käßler hat für Gewerkschaft und Partei sein Bestes getan und sich Dank und Anerkennung erworben. Sein arbeitsreiches, ziel- und verantwortungsbewusstes Leben ist nun beendet. Alle, die Käßler kannten, mit denen er zusammenarbeitete und für die er wirkte, werden sein Andenken in Ehren halten.

♦ Rundschau ♦

Weihnachtsschnee und Weihnachtssterne. Weihnachten weckt im Menschen ein künstlerisches Fühlen. Der Weihnachtsbaum mit seinen strahlenden Flammen erzeugt im Menschen etwas von jenem künstlerischen Weibheitsgefühl, das Feuer und Flammen im Menschen erregt, solange Menschen sind. Und wie den Menschen daheim der Weihnachtsbaum die künstlerische Freude weckt, so liebt er am Weihnachtsfeste aus dem gleichen Gefühl heraus draußen den weiten und weissen Schnee, der Land und Bäume märchenhaft bedeckt. Zum Weihnachtsfeste gehört nun einmal der Schnee, wenn wir ihn auch nicht immer haben können. So tragen wir ihn aus dem gleichen Gefühl heraus auch als künstlichen Schnee ins Haus und schmücken damit den Weihnachtsbaum. Der Schnee hat somit eine künstlerische Wirkung. Er zeigt uns die Natur als Künstlerin, wenn er alles so malerisch weiß bedeckt. Aber auch in dem einzelnen Sterne ist uns Natur die Künstlerin. Die Schneedecke, die da im ganzen solch künstlerische Wirkung auf uns hat, sie ist auch in all ihren unendlichen Einzelheiten ein künstlerisches Wunder der Natur, in das uns das folgende Bild einen Einblick gibt. Flocke fällt da zur Flocke und jede Flocke ist eine Fülle von solchen Einzelwundern. Stern liegt da in der Flocke neben Stern und jeder anders und jeder künstlerisch schön. Kein Kunstgewerbler kann schöner entwerfen. Kein Künstler kann mehr Phantasie haben, als die Allmutter Natur uns da in dem Schnee offenbart. Welche Feinheiten der Form! Welch edle Gebilde! Und wie symmetrisch harmonisch auch bei der kompliziertesten Gestaltung! Künstlerin! Und doch Natur! Beides ist eins. Der Naturfuss des Lebens ist Schönheit. — Und wie entbehrst du sie! — Und wenn wir nun ringen um neue, bessere Bedingungen

des Lebens? Wenn auch du ohne Sorge und Not dich harmonisch entfalten sollst. Wenn auch die Menschen zusammen eine Harmonie sein sollen von schönen Seelen? Entspricht dieser Kampf um das Neue nicht dem gleichen, ewigen, großen, führenden Naturgesetz? In welcher Schönheit die Sterne des Schnees! Und in welcher Brutalität das Leben der Menschen! Als Künstlerin dort die Natur.



Doeh unfer Dasein? Es zertritt und erörtert alles Edelste und läßt nur triumphieren den Mammone. Sei Künstler und Kämpfer! Kämpfe, daß Natur in ihrer edelsten Reinheit, als Harmonie einer umfassen den Liebe, auch das Leben der

Menschheit bestimmen kann! Der Stern von Bethlehem ist ein Symbol. Er ist das Zeichen des Sehns und des Glaubens, wie es die Menschen erfüllt hat, solange Menschen leben. Verschieden war zu allen Zeiten dieser Glaube und verschieden das äußere Gewand, in dem er auftrat. Und doch war die letzte Tiefe des Gefühls stets gleich: es war da, ein Ahnen von reinem Leben, von edlerem Glück, von heiligem Menschlichen. Der Mensch glaubte in allen Zeiten an sich selbst und an seine Bestimmung. Und auch wenn die Hirten des Feldes damals den Stern von Bethlehem gesehen haben sollen, so war das Glück, das sie erfasste, auch da das gleiche: Friede auf Erden: Menschlichkeit. Und in diesem Streben nach Menschlichkeit als Menschheitsbund. Glaubt an den Stern! Glaubt an die Menschheit! Und wir werden immer inniger und tiefer zusammenwachsen als Kampfgenossen, die der Menschheit über alle wirtschaftliche Brutalität von heute hinweg den Sieg des Menschlichen zu bringen berufen sind.

Dr. Gustav Hoffmann.

Ein Raubzug gegen die Staatsbetriebe. Nachdem erst vor wenigen Wochen die vereinigte Unternehmenschaft sich gegen den Betrieb von Wirtschaftsunternehmen durch die „öffentliche Hand“ erklärte, hat kürzlich der Präsident des Hanlabundes, Dr. Hermann Fischer, demokratischer Reichstagsabgeordneter, der Öffentlichkeit einen außerordentlich geistvollen Echlachtoplan unterbreitet. Sehr geschickt fängt er die Sache an einem scheinbar abliegenden Punkt an, aber an einem Punkt, den man nur zu berühren braucht, um allerorts Aufmerksamkeit und Zustimmung zu ernten: Die Steuern sind zu schwer. Freilich, wer sollte bei dieser Feststellung nicht die Last seiner Steuern doppelt spüren? Jedoch Herr Dr. Fischer ist schnell mit dem Heilmittel zur Hand: Erleichtern wir doch, meint er, im nächsten Jahr die Steuern, zahlen wir doch 1927 einmal 750 Millionen Reichsmark weniger! Und wenn Staat und Kommunen mit den derart verringerten Beträgen nicht auskommen können, nun, so soll man nicht davor zurückschrecken, sie zur Veräußerung von solchen Wirtschaftsunternehmen zu zwingen, die der Privatwirtschaft schon längst ein Dorn im Auge sind. Dann ist aller Welt geholfen. Der Steuerzahler lebt ein gutes Jahr, weil er einmal weniger Steuern zu zahlen hat, und die Unternehmer leben nicht nur ein gutes Jahr, sondern viele gute Jahre, weil sie die Staatskonturen für immer los sind. Und wenn der Staat zwangsweise verkaufen muß, so ist 10 gegen 1 zu wetten, daß die Privatwirtschaft zu lächerlich billigen Preisen kaufen kann. Fürwahr, ein geistvoller Plan! Wiederholen wir, was die einzelnen Bevölkerungsklassen dabei gewinnen. Die Unternehmenschaft zahlt erstens im nächsten Jahr weniger Steuern, wird zweitens einen unbedeutenden Wettbewerb los und hat drittens die Aussicht, auf billigem Wege gutgehende Unternehmen zu erwerben. Die Verbraucher müssen zahlen gleichfalls im nächsten Jahr weniger Steuern, müssen dafür aber später auch noch die Gewinne bezahlen, die früher den Staatskassen auffüllten, jetzt aber der Privatwirtschaft zufließen. Sie können sich außerdem darauf gefaßt machen, der Privatwirtschaft höhere Preise zu zahlen als früher der „öffentlichen Hand“. Man wird sich bei dieser Gelegenheit mit Schändern daran erinnern, daß es hundertmal in der Anlaufzeit fast geschehen wäre, die gesamte Reichsverschuldung aufzukaufen. Was wäre wohl aus der Eisenbahn beim schmalhalsigen Zusammenbruch des Stummkonzerns geworden. Nun, der Staat hatte helfen und greifen müssen, hatte mit Krediten und Subventionen stützen müssen,

wie er das bei diesen verkrachten Großunternehmen gemacht hat, wie ihm das jetzt im Falle Krupp wieder zugemutet wird. Und diesen Wirtschaftsführern sollte man Staatsbetriebe ausliefern? Es liegt übrigens für die Privatwirtschaft gar kein Grund vor, gerade jetzt über zu hohe Steuern zu klagen. Bald drei Viertel aller Steuern sind ja von vornherein Massensteuern, lasten also wenig genug auf den Unternehmern. Die Zollgesetzgebung hat eine enorme Einkommensverrückung zuwege gebracht, deren Nutznießer Industrie und Landwirtschaft sind. Zudem hat sich die Wirtschaftslage zweifellos sehr günstig für die Industrie entwickelt. Die Zinslage haben sich verbilligt, die Umsatzsteuer ist gesenkt, die Luxussteuer gefallen, die Aktuenturie gestiegen. Der englische Großfreit hat nicht nur dem Kohlenbergbau eine glänzende Beschäftigung gebracht, sondern hat auch die übrigen Industrien befruchtet. Bei Arbeitsstunden einerseits, Arbeiterentlassungen andererseits befinden sich die verschiedenen Industrien in unverkennbarem Aufschwung. Dabei sind hier die Lager, dort die Kohlenhalden geräumt, so daß kein Kapital mehr unnütz gefesselt ist. Die Reparationszahlungen sind auch im zweiten Jahre glatt aufgebracht worden, Auslandsanleihen sind mühelos und zu immer billigerem Zinssatz zu haben. Dagegen fängt auf der Arbeiterseite die Ziffer der Arbeitslosen, der Hauptunterstützungsempfänger, der Ausgesteuerten wieder zu steigen an. Gleichzeitig schnell der Lebenshaltungsinde in die Höhe und hat im November den höchsten Jahresstand erreicht. Wenn also eine Steuerentlastung eintreten soll, so kann und darf sie nur den Verbraucher massen zu gute kommen, als Erhöhung des steuerfreien Einkommens, als Senkung der Lohnsteuer, als Zollermäßigung und ähnliches. Die Steuerausfälle dürfen aber nicht nach den genialen Plänen des Herrn Hanlabundpräsidenten aufgefüllt werden, sondern durch entsprechende Herausziehung der Vermögens- und der Erbschaftsteuer. Für derartige Steueränderungen sind die Gewerkschaften stets eingetreten und werden sie fernhin eintreten.

Verbandsteil

Bekanntmachung der Redaktion und Expedition

Die heutigen Ausgaben der „Gewerkschaft“ und der „Beamten-Gewerkschaft“ erscheinen als Doppelnummer (52/53). In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr erscheint keine Zeitung. Nummer 1 der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1927, wird am 7. Januar 1927 ausgegeben.

Nummer 1 der „Beamten-Gewerkschaft“ erscheint ebenfalls am 7. Januar 1927 in neuem Gewande als selbständiges Organ, alle vierzehn Tage. Nummer 1 der „Beamten-Gewerkschaft“ wird in erhöhter Auflage gedruckt und kann von den Filialen zu Agitationszwecken von unserer Expedition bezogen werden.

„Technik und Wirtschaft“ wird Nr. 1 der „Gewerkschaft“ und der „Beamten-Gewerkschaft“ beigelegt.

Nummer 1 der „Sanitätswarte“ erscheint am 14. Januar 1927, von da ab weiter vierzehntägig wie bisher, so daß in einer Woche die „Beamten-Gewerkschaft“ und in der anderen Woche die „Sanitätswarte“ ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnisse und Einbanddecken für Jahrgang 1926 der drei Blätter werden wieder wie früher angefertigt. Bestellungen bitten wir an unsere Expedition zu richten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Den Filialverwaltungen sind die „Fragebogen über Organisationszugehörigkeit usw.“ in drei Druckausgaben nebst entsprechender Anzahl Hilfs- bzw. Betriebsfragebogen sowie dazugehörendes Anschreiben zugegangen.

Der genauen Ausfertigung des Fragebogens ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Auch ist der für die Einsendung des Fragebogens vorgesehene Termin (1. Februar 1927) innezuhalten. Von den drei Druckausgaben des Fragebogens ist der eine für den Verbandsvorstand bestimmt, der zweite, mit entsprechendem Vermerk versehene Bogen ist ausgefüllt dem zuständigen Wirtschaftsbereich zuzustellen. Der dritte Bogen ist in Abschrift den Filialkassen beizufügen.

Bei Bedarf weiterer Hilfs- oder Betriebsfragebogen sind solche von der Hauptverwaltung anzufordern.

Die Ausfertigung der Fragebogen hat nach den im Anschreiben gegebenen Weisungen zu erfolgen. Der Verbandsvorstand.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gewerkschaften: W. Müller, Redaktions- und Verlagsamt, Berlin 20, C. Lohse Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

"Haribordes Wolkenreise." Ein Bilderbuch aus bunten Doodles. Halbt. 8 W. Verlag J. H. W. Diez, Berlin SW 68, Lindenstr. 2.

Wenn die Schöden recht teillicher Eltern oft wild und unerbittlich sind, wieviel mehr darf eine Hege jenseits der eigenen Grenzen sein. Besonders wenn es die heimliche, sauberreife Hege Bildwunder ist (Wiele kennen die Hege aus dem Bildwunderwald, jene lebenswichtige Baubein, die ihren Wunderhab in einem der prächtigsten Jugendbücher des Vorjahres (Schwung.) Die Bildwunder zeigt ihnen unartigen Eprohling, der sie bei ihrer Sauberkeit nicht nanzehelich stört, auf eine weiche Wolke, die ihn in die helllichten und interessantesten Wundergegenden führt. Viele Eltern hielten sich diesen pädagogischen Kunstwerken. Zum Wunderwunder geht's, der goldene Eier legt, zum Jucherschrei, zum - was plaudere ich aus?! Das Buch ist in Bild und Text so schön, um es zu befragen."

Und — die Bildwunder hat mit jeder Kritik verleben. Sie meinet, das Buch schon oder nicht schön finden, können nur — das Kind!

Und sie hat Recht!

Eitersausgaben für Werkstätten. Das Dezemberheft der "Bücherwelt" ist zum größten Teil der schönsten Literatur sowie der Jugendbüchern gewidmet. Eine größere Abhandlung von Professor Alfred Kleinert über "Gewerkschaften der neueren deutschen Literatur" gibt einen kurzen Abriss der deutschen Literaturgeschichte seit Mitte des 18. Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt des literarischen Materialismus. Die literarischen und schillerischen Erörterungen werden hier in engem Zusammenhang mit dem gesamten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand Deutschlands dargestellt. Ausführliche Erörterungen von Neueinsteinerungen aus dem Gebiet der ergählenden Literatur, Kunst, Sitten und Völkertunde, Romanik, Technik usw. folgen den größten Teil des Heftes, das als guter Berater für den Einkauf von Weltanschauungsbüchern, insbesondere für die Jugend, bezeichnen werden kann — Auch die Festsage "Arbeiterbildung" ist auf die Bedürfnisse der Weimarerzeit zugeschnitten. Eine Fortsetzungsbildung von Robert Bresser gibt Material für eine Rede zur Weimarerzeit unter dem Titel "Kette und Feiern" werden Anleitungen für festliche und künstlerische Veranstaltungen in Neuenren Erren gegeben. Daneben bringt die Nummer einen sehr instruktiven Artikel von Georg Engelbert Graf "Grundriss der Arbeiterbildung", in dem die Methoden und Aufgaben der Bildungsarbeit in Partei und Gewerkschaft dargelegt werden, sowie einen Auszug von Gustav Bauhaus über den "Stand der deutschen Arbeiterbewegungen". Die "Bücherwelt" mit Festsage "Arbeiterbildung" ist zum Preise von 1,20 W. für das Heftjahr, durch Post oder Buchhandlung in einzelnen Einzelnummern (siehe N. 1) Der Reichsdruck für soziale Pflanzarbeiten, Berlin SW 68, Lindenstr. 2, best. Vordersnummern gerne zur Verfügung.

Das neue "Bücherwelt"-Buch "Angela" von Alfred Otto Stoige.

Alfred Otto Stoige, dessen künstlerisch gezeichnete Romanabhandlungen zunehmender Beachtung sich erfreuen, wendet sich in dem neuen "Bücherwelt" herausgegebenen Roman "Angela" mit der Welt künstlerischer Verbindung auseinander. Angela, deren Roman als Dase verstanden wurde, ist gesellschaftlich geartet; die Hand eines geliebten Mannes, der ein kleines Kind für eine Art der Frieden schaffen will, vermag sie nur dem Zugriff des Nationalismus nicht zu wehren, noch verweigert er ihnen schließlich Angela Leben an der Mauer, die Tuschel und Tuschelheit um sie errichtet. Die Dantlung spielt etwa in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhundert. Einiges Verhalten ist jedoch, ein Einzelhändl aus der literarischen Pforten" herauszugeben und an ihnen treflichen Verlauf die Allgemeingültigkeit des künstlerischen jenseits Fernmark und Roma zu demonstrieren. Jeder, der "Angela" liest, wird das Werk bewegt und nachdenklich aus der Hand legen. Das Buch, das vom "Bücherwelt" in würdiger Ausstattung von der Hand Max Gröbers herausgebracht worden ist, ist in allen "Bücherwelt"-Kunstwerken (Kunstbuchhandlungen) erhältlich; wo an Orte eine solche nicht vorhanden ist, wende man sich direkt an: "Der Bücherwelt" G. m. b. H., Berlin SW 61, Palz-Alte-Platz 4 oder an unsere Abteilung: Müller und Corinna, Berlin SW 12, Schleifstr. Straße 42.

Hermann Wendel aus der Welt der Südländer. 282 Seiten, Halbleinen 8 W. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2.

Der zahlreich "Kassanfrage" da wir in den letzten Jahren erleben haben, trotz der vielfachen Redungen über Fandenkämpfe auf der Kassanbühne ist das Volkstum der Kassanländer und sind ihre nationalen Probleme noch immer nur einem sehr geringen Kreis interessierter Deutscher bekannt. Darum Wendel hat keine sehr geschickte Feder seit Jahren der Aufgabe gewidmet, besonders die Südländer dem deutschen Publikum näher zu bringen. Im zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften und Zeitschriften hat er um dieses Verleichen geworben. Er gilt heute als einer der besten Kenner der südländischen Probleme überhaupt. Deshalb ist die Zusammenfassung eines Teils dieser Aufsätze zu einem handlichen und gut ausgestatteten Buche freudig zu begrüßen. Wendel behandelt darin das ganze südländische Staatsproblem und schildert die einzelnen Parteien, die in Jugoslawien um Einfluss und Macht strengen, mit überlegener Sachkenntnis; er führt in die Geschichte der

Erden, Kroaten und Slowenen seine Rolle, die von der Festsitzung gegen die südländischen Volkstämme geliden über nationale Sozialisten und ein geschichtlicher Wiederrückung des verblichen Sozialismus sind nicht vergessen. Das Buch bildet geistvolle Reisebriefe, die Land und Leute in ein geraden Strichen zeichnen, und originale Kassenbeobachtungen südländischer Wirt.

Nationalisierung und Wirtschaftlichkeit in der Kassen-Industrie. Herausgegeben von der Brandenburger für die Kassen-Industrie in Verbindung mit der literarisch-statistischen Abteilung des Verbands der Kassenarbeiter in Jansöder. — Die Schrift enthält folgende Aufsätze: Nationalisierung und Betriebskonzentration in der Kassen-Industrie. Die Neubesiedelung an Kassenwerken in der Bergongruben. Die Stilllegungen in der Kassen-Industrie. Tagesnationalisierung Forderung auf Preiserhöhung. Die Berechnung der Selbstkosten. Die Ablehnung der Preiserhöhung durch das Reichswirtschaftsministerium. Die Belastung mit der Cuorenschädigung für die stillgelegten Werke. Die Vermeidung der Kassenwerke. Gabe Arbeit für den Handel. Die Geschäftsergebnisse der Kassen-Unternehmungen. Löhne und Arbeitszeit in der nationalisierten Kassen-Industrie. Schlussbetrachtung.

Das Koalitionsrecht im Druffen Kasse. Von Dr. Georg Steinmann, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Arbeit. 69 E. Staatsbürgerbühlplatz 143/144. R. Göttingen 1926, Rechtsverlags-Berlag G. m. b. H. 1,20 W.

Europa. Grundfragen seiner Politik, Wirtschaft und Kultur. Von Dr. Konrad Hoemann, Freiburg i. Br. (Staatsbürgerbühlplatz 122). R. Göttingen 1926. Rechtsverlags-Berlag. 0,80 W.

Salamander Nr. 2/1: Deutsche Arbeiterbildung der Gegenwart. 36 Seiten. Einzelnummer 3 W. Jahresabonnement 2,40 W. — Diese Nummer ist ein würdiger Abschluss des 3. Jahrganges. Sie enthält zunächst einige wichtige grundsätzliche und kritische Aufsätze zum Thema "Arbeiterbildung und Arbeiterbildung". Offenburger: Arbeiterbildung der Gegenwart; Stenzen: "Unter Kampf um die künstlerische Form"; Klüber: "Neuere Arbeiterbildung". Die bedeutendsten unserer Arbeiterdichter als Verf. der Dichtung, Brezang, Schönlant, Jech, Kühn, Heber, Volke, Klüber, Orlik u. a. sind mit wertvollen Originalbeiträgen vertreten, die einzeln aufzuführen nicht möglich ist. — Außerdem wird in der Arbeiterbildung die Diskussion über die Hanfenerger Leistung mit Hans Dierksen tiefgründigem Artikel "Kunst und Sozialismus" aufgenommen. — Die Nummer ist mit Dichtersportraits und einem Goldschnitt von Otto Rief "Der Dichter unserer Zeit" illustriert.



Salamander

Fußarzt

für empfindliche Füße

Der Schuh für Eisenbahner
Gepäckträger und Arbeiter



Salamander

ht hat,
Und
verlebe
r sein
Bald
teuern,
Alpsee-
brucht,
hat sich
ie ent-
ist ge-
er eng-
zende
ien ber-
den ge-
repa-
tigrum
te die
r Aus-
Lebens-
schaffen
en soll,
n zu-
m mens,
es. Die
sch ent-
steuer,
u stets

ktion
nd der
52 53),
scheint
Jahr-
" er-
nde als
mer 1
r Auf-
wecken

r "Ge-
t.
nt am
bisher,
und in
werden.
den
früher
tion zu

3
Organi-
schender
des An-
größte
ung des
halten.
für den
Ver-
schäfts-
ualaffen
d solche
schreiben
stand.
antner,
e Str. 42.

Größte Produktion der Welt! FAHRER

Böhm. Bettfedern (F) nur brauchb. gerein. Qualitätsware: 1 Pfd. graue M 1,25, halbweiße 2- u. 2,50, weiße 3,80, Flaumrumpf 4,50, Spezialitäten 5- u. 6,50, von 9 Pfd. an franko. Muster kostenfrei, u. ausf. Preisl. Eb. Bett. Jos. Christl's Nachf., Cham 263, bayr. Wald. Umtausch gestattet. od. Geld zurück.

Ausnahme-Angebot in echt Böhmischem Bettfedern und terzigem Besen.
 Graue, Pflüed., gut gerein., Pfd. M 1,10, halbweiße Flaumrumpf M 2,90, weiße Schließl. M 3,20, schneew. Halbdaun. M 6,80, 4,80, reine weiße Daun. M 8,80, schneew. 12,50. Fertige Ober- u. Unterbett, dick gef., nur M 14,50, prachtvoll in rot M 25.- u. 29.-, in gold. rosa, hellblau, lil. m. Halbdaunent. M 35.- u. 40.-, Kopfk. M 4,90, im Viereck rot M 7,80, herrl. Farb. m. Halbdaun. M 12,50 u. 14.-. Groß. Kinderbett: Ober-Unter-, 1 Kiss., gut gefüllt, kompl. M 24.-. Muster u. Preisl. grat. Umtausch jedez. gestatt. od. Geld zur. H. Böhler, Seidenstraße 127, Berlin- und Kottbuserstr. 100 (Doy. Markt, links, Gr. 12).



Mit bedingungslosem Rückkaufrecht bei Nichtgefallen. Mehrere ich überall da gegen bequeme Wochenraten von nur 1 an.

Mandolinen, Laute, Gitarren, Violinen etc., Sprechapparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photographische Apparate etc. Jll. Katalog A gratis u. frei. Walter H. Gartz, Postfach 844 A Berlin S. 42.

Radio auf Miete!
 Nach 6 Monaten Ihr Eigentum. Nur Weltmarken! Detektor-Röhrenempfänger, Lautsprecher. Kostenloser Vertreterbesuch (F). **Lorenz & Schneider, W 62,** Kurfürstenstr. 114. Kurlo-st 242.

Wälzschreibmaschinen (F) Harmonika- u. Sprechapparate-Fabrikation. Niedrige Preise. Schallplatten Mark I.-. Ernst Heß, Nacht. p. r 1977, Kienvenhnt. Sa. 189. Großer Katalog gratis.

Verblüffend billig ist die Teilnahme an Rundfunk. **Für 10.- Mark monatliche Miete** Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Sabahörer einsch. Antenne u. kostentl. überwachung. - Nach 6 Monaten Ihr Eigentum. **Sprechmaschinen echi Eiche inkl. Platten und Nadeln** zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Heizinzunen. **12 Schallplatten in elegantem Album.** Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3,75 p. Platte **6 Monatsraten à Mark 8.00** (F)

Unverbindliche Vorführung: W. Uhlend- u. Z. (Laden) S 42, Ritterstr. 11 (Hof). Geöffnet täglich von 4-7. - Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch. **Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.,** Berlin S 42 Ritterstr. 11. - Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Was sich jeder wünscht!
Die mollige Ecke im eigenen Heim!
 kann sich heut dank meinem **Telzahlungssystem** auch der besche demstr. Haushalt leisten. **Leichte ohne Anzahlung. Mäßige Raten. Auswärts 3 Tage zur Probe.** **Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel** Verlangen Sie Prohkatalog D oder Vertreterbesuch. Ausstellungsräume ohne Kaufzwang geöffn. 9-7 Uhr. **DEUTSCHE HEIMKUNST** (F) Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikate, Berlin, Annenstr. 41, a. d. Alten Jakobstraße :: Tel.: Moritzpt. 466.



ANGELA

Roman von A. O. STOLZE, ist das neunte Werk, das die Buchkulturorganisation des werktätigen Volkes „DER BÜCHERKREIS“

seinen Mitgliedern im vierten Vierteljahr 1926 übergibt. Bisher erhielten die Mitglieder des „Bücherkreises“ für vierteljährlich 3.- M. neben den monatlich erscheinenden, reich illustrierten Hefen

Wendel, Das 19. Jahrhundert in der Karikatur
 Nexö, Sühne
 Zech, Die Geschichte einer armen Johanna
 Francé, Das Land der Sehnsucht

Gorki, Der Sohn der Nonne
 Woldt, Die Arbeitswelt der Technik
 Wolf, Kreatur
 Francé-Harrar, Tier und Liebe

Mitgliederanmeldungen im „Bücherkreis“ bei monatlicher Beitragszahlung von nur 1.- M. nimmt entgegen

Abteilung Bücher und Schriften (F)

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

Stud. Besondere Buchhändler und Buchverleger mit einem 40. Berlin SW 9, Ullrichstr. 11. Kleineingekaufhaus Stricker, am W. m. b. d. Berlin SW. 11. Röntgenstr. 97. Tel. Goleinbeide 3789, 3791, 4718, 4730, 4732, 4750. Gesamtvertrieb für Angelsen Hans Mänge, Berlin SW. 11.